



Gleichstellung:
**Parität
statt
Quote**

Picknickdecke für
Ramelow
Seite 4

Für Mitarbeitervertretungen, Dienstgeber,
Personalverantwortliche, Datenschutzbeauftragte
sowie alle am Datenschutz Interessierten

Praxishandbuch mit umfangreichen
Informationen zu Einstellungsverfahren,
Beschäftigungsverhältnis, Aufgaben der
Mitarbeitervertretung, Haftungsfragen und zur
Rolle der betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Matthias Ullrich

Beschäftigten- datenschutz der katholischen Kirche

Datenschutz schützt Menschen.

Die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) regelt dieses Thema, für die katholische Kirche gilt zudem das **Kirchliche Datenschutzgesetz (KDG)**. Dieses Buch liefert den Verantwortlichen umfassende Sachkenntnisse – auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung.

Inhalte im Überblick:

- ✓ Grundlagen des Datenschutzes: KDG und staatliche Datenschutzgesetze
- ✓ Einstellung: Bewerbungsunterlagen, Online-Bewerbung, Personalauswahlverfahren
- ✓ Beschäftigungsverhältnis: Personalakte, Gesundheitsfragen, mobiles Arbeiten, betriebliche Kommunikation, Mitarbeiterüberwachung
- ✓ Mitarbeitervertretung und Datenschutz: Rolle, Aufgaben und Beteiligungsrechte

Das erste Praxishandbuch zum Beschäftigtendatenschutz der katholischen Kirche

2022, 288 Seiten, DIN A5, kart. • ISBN 978-3-944427-45-4 • Bestell-Nr. 608070 • € 39,90



Mehr Infos, Leseproben und Bestellung:
www.ketteler-verlag.de



Informieren Sie sich oder bestellen Sie einfach online unter www.ketteler-verlag.de oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!

KETTELER-Verlag GmbH, Niederlassung Waldmünchen, Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen
Tel: 09972/9414-51, Fax: 09972/9414-55, kontakt@ketteler-verlag.de

Stand 05/2022

VORWORT



Matthias Rabbe

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kriege in der Ukraine, im Jemen oder in Syrien haben die Geschlechterrollen scheinbar wieder hervorgebracht. Hier ein engstirniger Autokrat, der mit einem brutalen Angriffskrieg seine Macht erweitern will. Dort fliehende Frauen, Mütter und Kinder. Auch wenn die medialen Bilder die Frauen in der Opferrolle zeigen, so sind sie es, die auch Widerstand leisten und das Überleben in der Ukraine organisieren. Und es waren mutige russische Frauen und Mütter, die in den 1970er-Jahren gegen die russische Armee aufstanden und die Propaganda entlarvten. Auch in der KAB wurde mit der Parität 1995 verstärkt das Thema Geschlechtergerechtigkeit in den Verband gebracht. Impuls widmet sich – nicht nur in dieser Ausgabe – dem wichtigen Thema.

Ihre Redaktion

✉ impuls-redaktion@kab.de

🌐 www.kab.de/service/kab-impuls

INHALT



Parität statt Quote

► **TITELTHEMA** Seite 8



Grundeinkommen im Dialog

► **KAB BEWEGT** Seite 23



Krieg bringt Kenia Hunger

► **INTERNATIONALES** Seite 25

SONNTAGSGESCHICHTEN

Picknickdecke an Bundesratspräsident 4

TITELTHEMA

Gleichstellung verzögert sich 6

Homeoffice stoppt Karrieren 7

Interview mit Rita Süßmuth 8

Hedwig Fischer zu Parität in KAB 10

Kirche: Frauen in die Führung 10

160 Jahre Frauenkämpferin Studer 11

KAB BEWEGT

KAB – Solidarität mit der Ukraine 12

Mai-Aufruf: Minijob-Pläne stoppen 13

KAB: Erwerbsminderungsrente jetzt 13

Arbeitsrecht: Brief an Bischöfe 14

KompetenzZentrum Europa 15

KAB bewegt Diözesanverbände 18/19

KAB bewegt vor Ort 20/21

Europas Jugend und Corona 22

Kirche und Grundeinkommen 23

Präsides stellen die K-Frage 24

Sozialwahl mit Frauenquote 24

DIE GUTE AKTION

KAB sorgt sich um Lkw-Fahrer 16/17

INTERNATIONALES

Kenia hungert wegen Sanktionen 25

GESELLSCHAFT

Frage nach Sozialpartnerschaft 26

Synodaler Weg ohne Arbeitswelt 27

GESELLSCHAFT/RECHT

Babysitten anmelden 28

Starke Frauen 28

BUCHTIPPS

Allmendinger / Götz 29

SERVICE

Briefe an die Redaktion 29/30

Impressum 30

Rätsel 31

Picknickdecken für den Bundesrat

KAB fordert von Bundesratspräsident Ramelow Unterstützung beim Sonntagsschutz



Die große Treppe zwischen dem Erfurter Dom und St. Severi-Kirche liegt noch im Schatten. Es ist kurz nach neun Uhr am 3. März, dem Internationalen Tag des freien Sonntags. Auf dem großen Domplatz haben bereits einige Händler ihre Stände aufgebaut und bedienen Kunden als Mitarbeiter der KAB Deutschlands mit

dem Aufsteller, Transparenten und Picknickdecken ausladen und mit einigen Passanten über die anstehende Sonntagsschutz-Aktion ins Gespräch kommen.

Derweil reisen aus vielen Diözesanverbänden Vertreterinnen und Vertreter an, um bei der Präsentation ihrer bunten Picknickdecken da-

bei zu sein. Treffpunkt ist der große Saal im Hofbräuhaus am Dom. Der Bundesvorstand erläutert im Gespräch mit Dr. Claudio Kullmann vom Katholischen Büro Thüringen und Jörg Lauenroth-Mago, ver.di-Landesfachbereichsleiter Handel im Landesbezirk Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, die Situation von Sonntagsöffnungen im Freistaat. ver.di-Vertreter Lauenroth-Mago erinnert an die Gründung der Thüringer Sonntags-Allianz vor fast genau 20 Jahren mit der verstorbenen KAB-Diözesanvorsitzenden Bernadette Branzk. „Die Arbeit zwischen KAB, Kirche und Gewerkschaft ist sehr fruchtbar.“

KAB-Spektakel auf Erfurter Domtreppe

Gerade in Thüringen ist es die Opposition aus CDU und FDP, die den Anlassbezug immer wieder abschaffen will. „Da unterstützt diese Aktion der KAB unseren Kampf für den freien Sonntag“, so der ver.di-Vertreter. Und auch KAB-Mitglied Kullmann vom Katholi-



Bundesvorsitzende Beate Schwittay überreicht symbolisch die Sonntags-Picknickdecke.



Claudio Kullmann zeichnet seine Picknickdecke.



Bundespräses Stefan Eirich im Gespräch mit dem Bayerischen Rundfunk.

schen Büro sieht in der Picknickdecken-Aktion eine öffentliche Unterstützung. „Gerade in der Corona-Zeit sind die Angriffe massiv und wir müssen der Politik einschärfen, dass der Sonntag nicht verhandelbar ist“, betont der Leiter des Katholischen Büros.

Dies wird umso deutlicher als die KAB auf der Domtreppe in Erfurt die großen bunten Picknickdecken der Öffentlichkeit präsentiert. Journalist*innen und Kamerateams zeichnen das eindrucksvolle Spektakel zum

Sonntagsschutz auf. KAB-Vertreter*innen vom Bundesvorstand und den Diözesanverbänden geben den Medienvertreter*innen Auskunft über die Entstehung der Picknickdecke und über die Arbeit der KAB zum Sonntagsschutz.

Anschließend marschierten die KAB-Sonntagsschützer zur Thüringer Staatskanzlei und empfingen den Bundesratspräsidenten mit Liegestuhl, Picknickdecken und Applaus. „Der Sonntag gehört den Menschen!“ Schlicht und einfach und dennoch

wegweisend erklärt der amtierende Bundesratspräsident und Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow, warum für ihn der Sonntag nicht zur Disposition stehen darf. Und als ob dieses klare Argument den Frauen und Männern aus den KAB-Diözesanverbänden, die nach Erfurt gereist sind, nicht reicht, ergänzt Ramelow: „Wir sind froh und es ist wichtig, dass der arbeitsfreie Sonntag durch die Verfassung geschützt ist, und dass Verbände wie die KAB dies immer wieder deutlich einfordern.“

Der Linken-Politiker weiß, wovon er spricht, als er von der KAB-Bundesvorsitzenden Beate Schwittay ein großes Bild der etwa 300 Quadratmeter großen Picknickdecke überreicht bekommt. Ramelow hat eine Ausbildung als Einzelhandelskaufmann absolviert und war fast zehn Jahre Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung (HBV). Nur in Thüringen gibt es die Regelung, dass Beschäftigte im Einzelhandel zwei Mal im Monat samstags frei haben. Er versprach den anwesenden KAB-Vertreter*innen sich im Bundesrat für den Sonntagsschutz starkzumachen. „Ich nehme die Forderungen der KAB stellvertretend für den Bundesrat entgegen, auch wenn ich nicht für die anderen Amtskolleg*innen im Bundesrat sprechen kann.“



Diskussion mit Bodo Ramelow.

Fotos: Matthias Rabbe/Kolbow

Langer Weg zur Gleichberechtigung

In der Wirtschaft werden Frauen die Männer erst in 267 Jahren einholen



Zwei Schritte vor, einer zurück. Die Gleichberechtigung von Frauen lässt sich Zeit. Ob Wahlrecht, Zugang zur Bildung und Gesundheit oder Beruf, Frauen mussten sich seit Jahrhunderten ihr Recht auf Gleichberechtigung erkämpfen. Laut dem Weltwirtschafts-Forum (WEF) wird es noch etwa 136 Jahre dauern, bis Frauen an Macht und Wohlstand in der Weltwirtschaft den der Männer aufgeholt haben. Die unabhängige internationale Organisation mit Sitz in Genf analysiert jedes Jahr die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in über 150 Staaten der Erde. Grund für die Ungleichheit sind nach wie vor, dass Männer mehr verdienen und mehr in Führungspositionen beschäftigt sind. Laut dem Global Gender Report 2021 des WEF muss nun eine weitere Generation von Frauen auf die Gleichstellung der Geschlechter warten. Da die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie weiterhin zu spüren sind, hat sich die Schließung der globalen Geschlechterkluft von 99,5 Jahren um eine Generation erhöht auf 135,6 Jahre.

In mehreren großen Volkswirtschaften und Branchen sind die Fortschritte ins Stocken gekommen. Ein Hauptgrund ist, dass Frauen häufiger in Sektoren beschäftigt sind, die am stärksten von Lockdowns betroffen sind, kombiniert mit dem zusätzlichen Druck, häusliche Pflege zu leisten. Der jetzt in seinem 15. Jahr erscheinende Bericht bewertet die Entwicklung geschlechtsspezifischer Unterschiede in vier Bereichen: wirtschaftliche Teilhabe und Chancen; Bildungsstand; Gesundheit und Überleben; politische Macht. Er untersucht auch die Ursachen für ge-

schlechtsspezifische Unterschiede und skizziert die Richtlinien und Praktiken, die für eine geschlechtsspezifische Genesung erforderlich sind.

Die Verschlechterung im Jahr 2021 wird teilweise auf eine zunehmende politische Kluft zwischen den Geschlechtern in mehreren bevölkerungsreichen Ländern zurückgeführt. Obwohl mehr als die Hälfte der 156 indizierten Länder eine Verbesserung verzeichneten, haben Frauen immer noch nur 26,1 Prozent der Parlamentssitze und 22,6 Prozent der Ministerposten weltweit inne. Auch das „wirtschaftliche Geschlechtergefälle hat sich seit 2020 nur geringfügig verbessert und wird voraussichtlich weitere 267,6 Jahre dauern, bis es geschlossen ist“, so der WEF-Report. Zwar nimmt der Frauenanteil unter den Fachkräften weiter zu, doch weiterhin bestehen Einkommensunterschiede und wenige Frauen sind in Führungspositionen vertreten.

Positiv sieht es im Bildungsbereich aus, wo die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bildung und Gesundheit nahezu geschlossen sind. Während im Bildungswesen 37 Länder die Geschlechterparität erreicht haben, wird es weitere 14,2 Jahre dauern, um diese Lücke aufgrund der Verlangsamung des Fortschritts vollständig zu schließen. Im Gesundheitsbereich wurden über 95 Prozent dieser geschlechtsspezifischen Kluft geschlossen. Deutschland landet im Global Gender Report auf Platz zehn.





Homeoffice, Homeschooling und Haushalt

Die Pandemie hat sich grundlegend auf die Gleichstellung der Geschlechter sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause ausgewirkt und Jahre des Fortschritts zurückgeworfen“, sagte Saadia Zahidi, Geschäftsführerin des Weltwirtschaftsforums. Konkret bedeutete dies, Frauen waren durch die Corona-Pandemie zwischen Homeoffice, Homeschooling der Kinder und Haushalt eingesperrt. Bereits unter normalen Bedingungen arbeiten Frauen bereits 1,6-mal so lang wie die Männer im Haushalt und bei Kinderbetreuung. Aber auch bei Pandemie-Schließung von Pflegeeinrichtungen wurde Hausarbeit, Kinderbetreuung und Altenpflege überproportional von Frauen geleistet, was zu einem höheren Stressniveau beitrug. Die Pandemie hatte negativere Auswirkungen auf Frauen als auf Männer, wobei Frauen laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) häufiger ihre Arbeitsplätze verloren, weil sie in überproportionalen Sektoren arbeiten, die direkt von Lockdowns betroffen sind, wie beispielsweise im Verbraucherbereich tätig sind.

Homeoffice als Karrierefalle

Zudem wurde das Homeoffice gerade für Frauen zur Karrierefalle. Sie haben Karriereschritte und extrem viel Zeit zum Netzwerken verpasst, dabei brauchen sie die Sichtbarkeit weit mehr als Männer. All das geht durch das Homeoffice zurück“, sagte Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des

Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Frauen arbeiten in Deutschland zu 65 Prozent in Teilzeit, Männer lediglich zu sechs Prozent. Zwar hat die Frauenerwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten nach „Köpfen“ stark zugenommen, nicht aber nach dem Arbeitsvolumen. Das wirkte sich in der Pandemie aus, meint Allmendinger, denn in den Familien gibt es weiterhin die Rollenzuschreibungen, was Teilzeitarbeit und Ganztagsjobs betrifft. „Wer Teilzeit arbeitet, kümmert sich um die Kinder und den Haushalt. So muss man sich diese Homeoffice-Tage vorstellen.“



Jutta Allmendinger sieht Homeoffice als Karrierefalle.

32-Stunden-Woche: Luft für Männer

Die Teilzeitarbeit verteilt nicht nur die Geschlechterrollen, sondern ist auch eine Armutsfalle für die Frauen. Mit der Ausweitung der Homeoffice-Regelungen und -vereinbarungen in den Betrieben nach Corona

wird sich nach Ansicht der Wissenschaftlerin die Sache verschärfen und verfestigen. Wissenschaftlerinnen wie Allmendinger und die Familienforscherin Uta Meier-Gräwe setzen auf Gleichstellung und eine gesellschaftliche Diskussion, die das Modell Familie mit 1,5 Erwerbstätigen oder 2,0-Modell anstreben sollte. Wie die KAB in ihren arbeitsmarktpolitischen Beschlüssen setzt Allmendinger auf Arbeitszeitverkürzung. „Wir müssen eher auf eine 32-Stunden-Woche für alle abzielen“, so Allmendinger, „damit auch Männer Luft haben, angebliche Frauenarbeit zu übernehmen.“

Die Demokratie ist männerdominiert

Die Unbeugsame – Interview mit Rita Süßmuth über Gleichberechtigung

Frau Prof. Süßmuth: Wie bekommt frau ein starkes Rückgrat in einer männerdominierenden Politikwelt?

Rita Süßmuth: Da sind die Kriegserfahrungen mit seinen direkten und indirekten traumatischen Erlebnissen. Ich möchte daraus nicht direkt etwas ableiten. Aber das Überlegende, das Fragende, das ist geblieben. Dieses kritische Wachsein ist entscheidend mit dem Studium gewachsen. Mit dem Einstieg ins Berufsleben in den 1960er-Jahren begann mein Engagement in der Frauenpolitik. Das steigerte sich mit den Erfahrungen in meiner Arbeit, weil ich sah, welche Kompetenzen Frauen hatten und umgekehrt, welchen Widerständen sie ausgesetzt waren. Später als Frauenministerin hatte ich zwar den Titel, aber keine Zuständigkeiten. Aber ich muss sagen, ich bin nicht als Feministin geboren. Eine Feministin verstehe ich als eine besonders aufgeweckte Anwältin für Frauen.

Impuls: Wie haben Sie sich als Ministerin durchgesetzt?

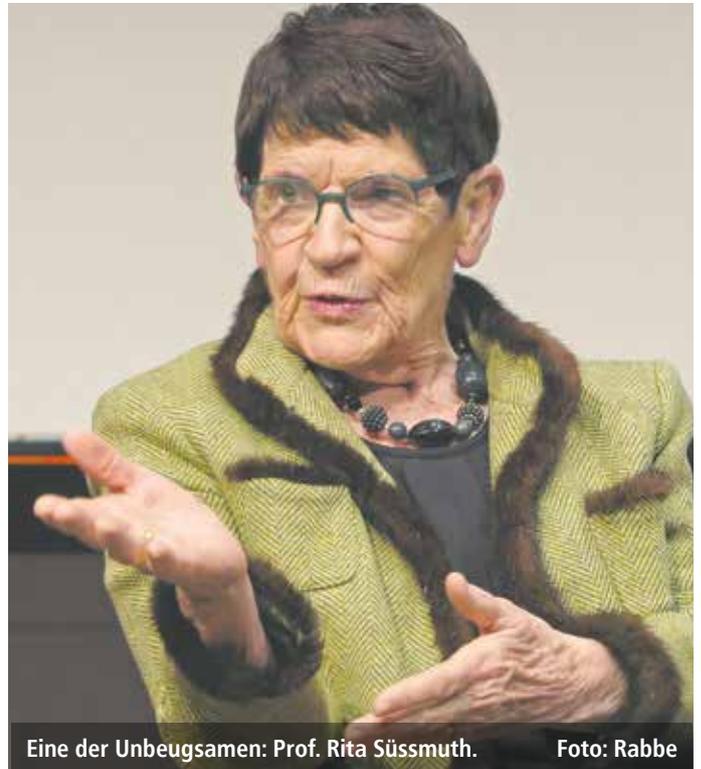
Süßmuth: Das kann man rasch sagen. Es war ja wieder typisch Familie. Es begann schon mit Rücktrittsforderungen aus dem schwäbischen Bayern. Wie kann man so eine Frau, die positiv sich zum Feminismus äußert, zur Familienministerin machen. Es tauchte das Wort Untergang auf. Aber es war schon nicht mehr das Ministerium der 1950er- oder 60er-Jahre. Es kam in den 70er- und 80er-Jahren schon die Veränderung mit den Familienberichten, wo der Begriff „Familie als Gefängnis“ auftauchte. Die Aufgaben im Ministerium wuchsen.

Impuls: Welche waren das ...?

Süßmuth: Das eine war die Atomkatastrophe Tschernobyl und das andere Aids. Letzteres war eine Bewährungsprobe. Wir brauchten einen Block gegen die Ausgrenzung der Betroffenen. Denken Sie an Gauweiler oder den Aidsberater Koch, der Aids-Kranke und Prostituierte internieren wollte. Eine grausame Vorstellung. Wir haben mit der Zivilgesellschaft es in einem halben Jahr geschafft, Eigen- und Sozialverantwortung der Betroffenen, der Schwerstkranken zu finden. Geholfen hatte mir der Aids-Aktivist und Redenschreiber Siegfried Dunde. Er war ein Helfer in der Not.

Impuls: Gab es Zusammenhalt unter den Frauen?

Süßmuth: Die Netzwerke der Frauen haben diese, wie Helene Weber die Frauen-Union, selbst geschaffen. Was mir in meiner Amtszeit geholfen hat, war die parteiübergreifende Zusammenarbeit der Frauen. Aber es war nicht so ein großer Zusammenhalt, wie es die Frauen der ersten Bewegung erreicht hatten. Das ist zum Teil mit Frauen auf der Straße passiert, denken Sie an Alice Schwarzer, ihre Aktion im Feld des Paragraphen 218. Eine Konfliktbereinigung ha-



Eine der Unbeugsamen: Prof. Rita Süßmuth.

Foto: Rabbe

ben wir nicht geschafft. Was wir geschafft haben, ist, einen menschlicheren Umgang und nicht die Strafe in den Vordergrund zu stellen.

Impuls: Kann trotz der Erfolge von einer Geschlechterdemokratie gesprochen werden?

Süßmuth: Ja, aber ich würde es nicht Geschlechterdemokratie nennen, sondern dass jeder Mensch, ob weiblich, männlich oder divers, beteiligt ist an der Gestaltung des öffentlichen Lebens. Und aus dieser Sicht ist aus dem Kampf und der Ausgrenzung der Geschlechter auch eine Geschlechterdemokratie entstanden.

Aber diese Demokratie ist immer noch sehr männerdominiert.

Impuls: Wie fällt Ihr Blick auf die Parteien aus? ...

Süßmuth: Das ist ein wichtiger Punkt, den Sie ansprechen. Lassen Sie mich etwas ausholen. Nach der Weimarer Zeit haben die Nazis Frauen wieder ausgegrenzt. Ich erinnere an die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, die ich sehr schätze und die für Gleichberechtigung kämpfte. Sie war die letzte Anwältin, die in der Nazizeit offiziell zugelassen wurde, und nach 1945 wirkte sie hochengagiert als eine der vier Mütter des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat. Den entscheidenden kurzen Satz in unserer Verfassung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ hat sie

zustande gebracht und ist Grundlage dessen, woran wir immer noch arbeiten.

Bildung spielt eine wichtige Rolle. Denken Sie an Marie Juchacz, die als erste Frau in einem deutschen Parlament 1919 erklärte, „Glauben Sie nicht, dass wir nur für die sanften Themen zuständig sind, wir Frauen sind für alles zuständig.“ Und heute haben wir erstmals eine Außenministerin. Bei der Grundgesetzfrage Freiheit und Gleichheit der Parteien wird die individuelle Freiheit immer noch höher gewichtet als der Abbau der Ungleichheit.

Impuls: Und Ihre Partei ...

Süssmuth: Meine eigene Partei, die CDU, hält am Alten fest. Wieso haben die Grünen über 58 Prozent Frauenanteil im Bundestag? Die haben mit der Parteigründung einen Pflichtanteil festgeschrieben. Das hätten alle tun können. Die Linke hat noch über fünfzig, die SPD über 41 Prozent aber meine Partei knapp über 20 Prozent. Da muss doch eine CDU/CSU sagen, so kann es nicht weitergehen. Unsere Vorschläge der Struktur- und Satzungscommission sieht bis 2025 50 Prozent Frauenanteil vor. Das ist ein später Fortschritt, hoffentlich nicht zu spät – wir müssen schneller sein.

Impuls: Sie wollten Krankenschwester werden, fehlt den Care-Berufe die notwendige Anerkennung?

Süssmuth: Alte Muster haben das Private den Frauen und den Männern das Öffentliche zugeschrieben. Denken wir nur an das Ehe- und Familienrecht. Frauen hatten kein eigenes Konto. Bis in die 1960er-Jahre ging es mit der Heirat noch an den Mann über. Sie konnten keine eigenen Verträge abschließen. Selbst die Erwerbstätigkeit war bis 1976 abhängig vom Ehemann, er konnte den Arbeitsvertrag seiner Frau kündigen. Das können sich junge Leute heute gar nicht mehr vorstellen.

Es ist wichtig, eigene Einkünfte aus einer Arbeit zu schaffen. Die damals schon gestellte Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hat sich bis heute immer noch nicht vollständig realisiert.

Impuls: Scheitert die Gleichberechtigung daran, dass wenn Kinder kommen, Frauen zu Hause bleiben?

Süssmuth: Ja, Studien zeigen, dass diese Sorgearbeit wieder von Frauen geleistet wird. Männer sind nur in geringem Maße teilzeitbeschäftigt. Frauen mit über 70 Prozent. Unterbrechungen, Aufhören mit der Erwerbsarbeit bringt heute in der Berufswelt viel schneller Nachteile. Da vieles schneller läuft, ist es schwerer, wieder in die Arbeit hineinzukommen. Die Frage muss lauten, wie können wir es in bestimmten Lebensphasen der Kinder so regeln, dass beide, Männer und Frauen, beteiligt sind.

Männer entdecken ja erst jetzt den Reichtum der Kinder.

Impuls: Fokussiert sich alles auf die Erwerbsarbeit?

Süssmuth: In dieser Richtung, ganz klar. Man kann es nicht glauben, dass gerade alleinerziehende Frauen den höch-

ten Anteil an Vollerwerbstätigkeit haben. Diese Situation hat Langzeitwirkung.

Impuls: Warum organisieren Frauen sich so wenig in den Strukturen wie Gewerkschaften und Parteien?

Süssmuth: Lange Zeit fehlte den Frauen, insbesondere den nicht erwerbstätigen Müttern, eine Strategie zur Durchsetzung der dringenden Anliegen. Netzwerke sind unbedingt erforderlich, nicht nur für den Austausch, sondern im Falle von Entscheidungen auch oft für die gegenseitige Unterstützung und Beratung.

Das Beteiligungsprinzip bei den Gewerkschaften ist ein Demokratieprinzip, genauso ist das Beteiligungsprinzip bei den Geschlechtern ein Demokratieprinzip. Und das ist entscheidend. Es ist keine Frauenfrage, sondern eine Gesellschaftsfrage. Wie wollen wir unsere Gesellschaft geschlechtergerecht organisieren? Und die Gendersprache aktuell hat bewirkt, dass die Frauen erstmals genannt werden. Wir haben noch nicht die ideale Form gefunden, aber trotzdem sind sie so viel stärker sichtbar.

Impuls: Die KAB hat seit vielen Jahrzehnten die Parität in der Leitung. Ist das die Lösung?

Süssmuth: Im Arbeits- und Sozialausschuss waren wir nur wenige Frauen und mussten uns anhören: Hört doch auf mit eurem Gedöns. Wir wollen weiterkommen. Parität dagegen garantiert einen verbindlichen, geregelten Grad an Beteiligung des anderen Geschlechts. Parität trägt dazu bei, dass die Themen der Frauen auch wirklich eingebracht werden.

Impuls: Ihrem Buch „Parität“ haben Sie den Ausruf „Jetzt!“ hinzugefügt, warum?

Süssmuth: Die erste kfd-Generalsekretärin Anneliese Lissner hat schon früh über die Notwendigkeit von Ungeduld gesprochen. Dieses ständige Vertrösten, da können wir Frauen nicht stehen bleiben. Es muss jetzt sein, sonst verpassen wir die Zeit des Wandels. Der Appell geht an beide Geschlechter.

Ich will weg von der Quote, ich will weg von der Geschlechtertrennung, weil er spaltet und ein frauenspezifischer Begriff ist. Aber die Quote war notwendig, weil sie ein Druckmittel ist. Die freiwillige Quote hat nichts oder sehr wenig erreicht. Wir können es nur gemeinsam schaffen. Die Parität auf Wahllisten ist seit zwei Jahrzehnten in Frankreich Pflicht. Die Quotenregelung war eine politische Notwendigkeit. Das Ziel, das jetzt verfolgt wird und verfolgt werden muss, ist das Ziel, gleicher Anteil von Männern und Frauen bei politischen und gesellschaftlichen Mandaten. Parität löst nicht alle Fragen, aber ein entscheidender Schrittmacher für mehr Beteiligung.

Impuls: Wie müssen die Männer sich ändern?

Süssmuth: Die Männer müssen sich darauf einlassen. Sie müssen ihr Machtverhältnis verändern. Im Sinne: geteilte Macht schafft stärkere Macht.

Erfolgsmodell Doppelspitze

Parität seit 1995 in der Satzung verankert

Die Doppelspitze von Frau und Mann auf der Vorstandsebene ist ein Erfolgsmodell in den KAB-Orts-, Kreis- und Diözesanverbänden sowie in der Verbandsleitung. Nach langem Ringen wurde 1995 auch die Gremienparität in der Satzung verankert. Besonders freut mich, dass auch im neuen KAB-Bundesverband ab 2003 die Parität in der Verbandsleitung und ab 2007 im Bundesvorstand übernommen wurde.

Umbenennung der KAB

Die KAB braucht keine Quote. Mit der Parität ist die KAB ein fortschrittlicher Verband auf der Höhe der Zeit. Sie ist ein Vorbild für alle gesellschaftspolitischen Gruppierungen, in denen Frauen und Männer zusammenwirken und gemeinsam politische Verantwortung tragen. Mehr als die Hälfte der KAB-Mitglieder sind Frauen. Das sollte sich auch im Verbandsnamen widerspiegeln mit dem Stern

Parität in den Parlamenten

Seit 2014 gibt es in München ein Aktionsbündnis „Parité in den Parlamenten“, in dem ich auch die KAB vertrate. Als Unterstützerinnen der Popularklage gegen das Landtagswahlrecht in Bayern haben sich die KAB Bayern e.V., die KAB-Diözesanverbände Augsburg, München und Freising sowie Passau und die KAB Roth-Hilpoltstein eintragen lassen. Im November 2021 hat das Aktionsbündnis zur Unterstützung der Wahlprüfbeschwerde für die Bundestagswahl 2021 aufgerufen und eine erhebliche Anzahl von persönlichen Mandatierungen für die Prozessbevollmächtigte Prof. Dr. Silke R. Laskowski erhalten.



Hedwig Fischer führte viele Jahre die KAB Süddeutschlands. Fotos: Rabbe

in der Mitte. Ich plädiere für „Katholische Arbeitnehmer*innen-Bewegung“. Das würde zeigen, dass Geschlechtergerechtigkeit für die KAB Programm ist. Dazu gehören „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ sowie die gerechte Entlohnung der Sorgearbeit und ihre paritätische Aufteilung zwischen Frauen und Männern.

Wahlrecht anpassen

Auch im Wahlrecht muss die Parität gesetzlich verankert werden, damit Frauen endlich in den Parlamenten 50 Prozent der Abgeordneten stellen. Es freut mich sehr, dass ich mit Brigitte Rüb-Hering, meine Nachfolgerin und letzte süddeutsche Verbandsvorsitzende von 1999–2003, und den KAB-Frauen im Landesverband Bayern an der Weiterentwicklung der frauenpolitischen Aktivitäten teilhaben kann.

Hedwig Fischer
Verbandsvorsitzende der KAB
Süddeutschlands von 1983–1999

Kirche: Frauen in die Führung

Mehr Frauen, diversere Teams, attraktive Stellenausschreibungen für Leitungspositionen: Mit Lösungsansätzen für mehr „Vielfalt in Führung“ in kirchlichen Kontexten beschäftigten sich rund 80 Fachleute aus der Personal- und Organisationsentwicklung sowie Gleichstellungsbeauftragte von Bistümern, kirchlichen Verbänden und Einrichtungen auf einer zweitägigen Online-Tagung.

Einer der seidenen Fäden, an denen die Kirche hängt, sei die Frage: Gelingt es, zu zeigen, dass wir ernst machen mit der Beteiligung von Frauen in der Kirche? „Mein Traum ist, dass in den zukünftigen Bestenlisten der Top-Arbeitgeber die katholische Kirche eine größere Rolle spielt; ich bin gespannt auf die Strategien, die hier geboren werden“,



Beate Gilles, DBK-Generalsekretärin.

so Beate Gilles, Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz. Der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf erinnerte an die Selbstverpflichtung der Bischöfe aus dem Jahr 2018, den Anteil der Frauen in kirchlichen Leitungspositionen auf ein Drittel und mehr zu steigern.

Vom Zündholzmädchen zur Arbeitersekretärin

Vor 160 Jahren wurde Therese Studer in Senden geboren

Meine ganze Kindheit war ungemein hart, arm und freudlos. Im Alter von acht Jahren musste ich von Frühjahr bis Spätherbst in ein entferntes Dorf zu einem Bauern in Dienst ... Meine einzige Freude war das Lernen; und nun durfte ich hier den ganzen Sommer über nicht ein einziges Mal in die Schule gehen, und das war mir das Allerhärteste."



Therese Studer ist auch heute noch Vorbild für viele Frauen in der KAB.

Therese Studer, die am 22. September vor 160 Jahren in Senden an der Iller geboren wurde, verlor früh ihre Mutter und musste als Achtjährige bereits für den eigenen Lebensunterhalt sorgen. Mit 14 Jahren wird sie Akkordarbeiterin in einer Zündholzfabrik in Altenstadt an der Iller. Zwischenzeitlich arbeitet sie als Dienstbotin, ohne geregelte Arbeitszeit, ohne sozialen Schutz.

Als sie mit 22 Jahren in einer Spinnerei arbeitet, erlebt sie, wie die jungen Mädchen und Frauen ausgebeutet werden. Für sich nutzt sie die geregelten Arbeitszeiten, um sich zu bilden. „Mir kam der Gedanke, in einer Fabrik Arbeit zu nehmen, um die Freizeit für meinen Wunsch zu lernen dienstbar zu machen.“ Sie arbeitet 22 Jahre dort und wohnt in einem Arbeiterinnenwohnheim. Ihren Wunsch, Lehrerin zu werden, erreicht sie nicht. Dennoch ist sie stolz, dass sie als Arbeiterin mit zwölf Stunden am Tag im Akkord an der Maschine ihren Lebensunterhalt bestreiten kann.

Soziale Rechte der Arbeiterinnen

Beeinflusst und fasziniert von anderen Frauen, wie die Frauenrechtlerin Elisabeth Gnauck-Kühne, wird sie aktiv und setzt sich für die sozialen Rechte der Arbeiterinnen ein. Als sie im Sommer 1906 zu einer Versammlung in Aschaffenburg einlädt, kommen 159 Arbeiterinnen und erklären ihren Beitritt. Unter ihrer Führung wuchs der Arbeiterinnenverein auf 460 Mitglieder. Zwei Jahr später ist es

der Verbandspräsident Carl Walterbach, der sie überzeugt, Verbandssekretärin der süddeutschen Arbeiterinnenvereine zu werden. Am 21. Juni 1908 tritt sie ihr Amt an und ist somit die erste Arbeiterinnen-Sekretärin, oder wie sie liebevoll genannt wurde: „unsere Verbandsmutter“.

„Lasst nicht locker!“

Sechs Jahre später zählen die Arbeiterinnenvereine bereits 21.000 Mitglieder in 176 Vereinen. Die Forderung schon damals „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, spiegelt die schlechte Bezahlung von Frauen wider. Studers Einsatz für die Zeitschrift „Die Arbeiterin“ und für die soziale und politische Schulung der Arbeiterinnen war ihr ein wichtiges Anliegen. Ihr Motto: „Lasst nicht locker!“ (Lasst nicht locker!). Auf dem Verbandstag 1920 wird sie zur Verbandsvorsitzenden gewählt, ein Amt, das es zuvor nicht gab. 1931 stirbt sie im Alter von 68 Jahren.



Die Zeitschrift der Katholischen Arbeiterinnen. Foto: KAB-Archiv

Nein zum Krieg in der Ukraine

Bundesweite KAB-Unterstützung von Flüchtlingsprojekten



Die KAB Deutschlands verurteilt in aller Schärfe den Krieg, den der russische Präsident Wladimir Putin gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung führt. In einer aktuellen Resolution „Nein zu Putins Krieg und zum internationalen Faustrecht“ hatten sich die Delegierten des Bundesausschusses der KAB Deutschlands mit fassungslosem Entsetzen gegen die „menschverachtende und zivilisationsbrechende Aggression“ gegenüber den Menschen in der Ukraine ausgesprochen. Der Bundesvorstand der KAB rief die Frauen und Männer in der KAB zu „tatbereiter Solidarität“ auf.

Nicht erst die schrecklichen Bilder nach dem Abzug russischer Truppen aus Butscha bei Kiew haben viele Frauen und Männer in der KAB Deutschlands ermutigt, ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und den Geflüchteten in vielen Aktionen sichtbar zu machen. Beim Gottesdienst des Besinnungstags des KAB-Kreisverbands Hilpoltstein im Bistum Eichstätt

wurden 400 Euro als Kollekte für die Ukraine-Hilfe der Caritas gespendet. Die KAB Wickede im Ruhrgebiet hatte am Josefstag mit einer Grillaktion Kriegsflüchtlinge unterstützt.

In Regensburg hat die KAB St. Joachim Wohnungen im Ulrichhaus für ukrainische Flüchtlinge hergerichtet. Die Vorsitzenden der KAB St. Joachim, Alfons Eiber und Herbert Grundmann, hatten gemeinsam mit anderen Vereinsmitgliedern so Platz für vier Familien mit bis zu 15 Personen bereitstellen können. „Zuvor“, so KAB-Vorsitzender Alfons Eiber, „waren die Flüchtlinge in Sammelunterkünften untergebracht.“

Kleider für Flüchtlinge, die nur das Nötigste und oft nur das, was sie am Leibe trugen, hat die KAB Lohne im Bistum Münster gemeinsam mit den Pfadfindern bereitgestellt. Mit einer weiteren Sammelaktion am 9. April soll der Erlös ebenfalls für die Ukrainehilfe bereitgestellt werden. Auch im

Bistum Fulda hatte die KAB Bruchköbel Anfang April mit Kleidersammlungen versucht, die Not der Menschen in der Ukraine zu lindern.

Im Siegerland hat der KAB-Chor St. Sebastianus Walpersdorf im Bistum Paderborn spontan mit anderen örtlichen Chören zu einem Benefizkonzert in Deuz, unter dem Motto „Menschen, bewahrt euch den Frieden“, geladen. Mit 10.000 Euro hatte der KAB-Bezirksverband Hagen-Iserlohn-Menden-Witten über seinen Förderverein „Ketteler-Wacht e. V. die Arbeit der Caritas für das ukrainische Kinderferiendorf „Jablunitsa“ unterstützt. Tausende Kinder, insbesondere aus sozial schwachen Familien, haben dort Erholung gefunden und Gemeinschaft erfahren. Zurzeit dient das Feriendorf als Unterkunft für Frauen und Kinder, die vor dem Krieg geflüchtet sind.

An Solidaritätskundgebungen und Proteste gegen den Krieg beteiligte sich die KAB aus dem Bistum Rottenburg-Stuttgart in Karlsruhe.

Regierung muss auf die Teuerung reagieren

Die Absicht der Ampel-Koalition, die Verbesserung für Erwerbsminderungsrenten im Bestand umzusetzen, muss jetzt schnell erfolgen, fordert die KAB Deutschlands gemeinsam mit acht weiteren Sozialverbänden. „Gerade aufgrund der drastisch steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise in den letzten Monaten ist eine Umsetzung dringend geboten“, betont Bundesvorsitzender Andreas Luttmner-Bensmann. Rentner*innen, die Erwerbsminderungsrente beziehen, sind aktuell armutsgefährdet. Die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente liegt bei nur 869 Euro vor Steuern im Monat, trotz mehrfacher Verlängerungen der Zurechnungszeit in den vergangenen Jahren.

CETA-Urteil ist ein Teilerfolg

Auch nach dem Karlsruher Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum CETA-Abkommen der EU mit Kanada werden wir mit unseren Bündnispartnern prüfen, erneut Klage einzureichen, erklärte Bundesvorsitzender Andreas Luttmner-Bensmann nach der Urteilsverkündung. Die Richter des Zweiten Senats stellten zudem fest, dass der „gemischte Ausschuss“ nicht ohne Bundesregierung und Bundestag entscheiden kann. Damit ist das Urteil auch ein Teilerfolg für eine demokratische Beteiligung und Rückbindung an Parlamente. „Dennoch“, so Luttmner-Bensmann, „bleibe das Demokratiedefizit des CETA-Abkommens weiter bestehen.“

Minijob-Pläne stoppen

Tag der Arbeit im Zeichen des Krieges

Erwerbsarbeit und soziale Sicherheit sind untrennbar. Die Delegierten forderten im jüngsten Bundesausschuss die Bundesregierung auf, die geringfügige Beschäftigung so zu reformieren, dass die Minijobs ab dem ersten verdienten Euro „voll sozialversicherungspflichtig“ sind.

Im Mai-Aufruf hat sich die KAB Deutschlands energisch gegen die Anhebung der Minijob-Grenze auf 520 Euro ausgesprochen. Gemeinsam mit ver.di hatte Bundesvorsitzende Beate Schwittay als eine der Erstunterzeichner*innen die Ampel-Koalition aufgefordert, die Ausweitung der Minijobs zu stoppen. Ansonsten würden die Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich zunehmen und dies führe zwangsläufig zu steigender Armut, besonders unter Frauen. „Über 60 Prozent der in Minijobs Beschäftigten sind Frauen. Schon heute verdrängen Minijobs allein in kleinen Betrieben bis zu 500.000 reguläre, sozialversicherungspflichtige Stellen“, so die Bundesvorsitzende.

„Wir fordern die Bundesregierung auf, dass Beschäftigungen ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sind. Die Beitragspflicht muss vom Arbeitgebenden vollständig über-

nommen werden“, so die KAB in ihrem Aufruf zum Tag der Arbeit. Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ab dem 1. Oktober könne nur ein erster Schritt sein. „Wir fordern einen armutsfesten Mindestlohn von 14,09 Euro, der sich mit 60 Prozent des Bruttodurchschnittseinkommens an der EU-Armutdefinition orientiert“, so die KAB.

Versuchen der Arbeitgebenden, Mindestlohnregelungen auszuhebeln, müsse die Bundesregierung entscheiden mit mehr Kontrollen des Zolls entgegenzutreten.

Die Mindestlohnanhebung sei dringend notwendig, da der Krieg und die Sanktionen die Lebenshaltungskosten derzeit explodieren lassen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften forderten viele KAB-Vertreter auf Mai-Kundgebungen, dass die Erhöhung der Rüstungsausgaben nicht zu Kürzungen im Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales führen dürfe. „In den aktuellen Krisen müssen untere Einkommensgruppen bei den Energiekosten entlastet werden! Auch dürfen die sozialpolitischen Projekte Bürgergeld und Kindergrundsicherung sowie eine engagierte Nachhaltigkeitspolitik nicht der Aufrüstung geopfert werden!“, so die KAB.

Anzeige



Gastlichkeit.
Menschliche Nähe.
Vertrauen.

Das Gästehaus St. Theresia bietet in wunderschöner Natur am Bodensee Erholung, Ruhe und die Zeit zum „In sich kehren“, aber auch den Austausch und die Möglichkeit für positive Erlebnisse. Für unsere Gäste die Chance in unserer rastlosen Zeit loslassen zu können, allein, im Gebet oder Gespräch. All das bietet das Gästehaus St. Theresia/Eriskirch.

Gästehaus St. Theresia, Moos 2, 88097 Eriskirch, Tel. (0 75 41) 97 09-0, Fax: (0 75 41) 970-26
info@guestehaus-sankt-theresia.de, www.guestehaus-sankt-theresia.de

G7-Gipfel: Sozial und nachhaltige Lieferketten

Die Bundesregierung muss die G7-Präsidentschaft für ein nachhaltiges und soziales Lieferkettengesetz auf europäischer und internationaler Ebene nutzen.



Deutschland müsse die G7-Präsidentschaft nutzen, um beim internationalen Schutz von Arbeiter*innen Vorreiter zu sein. Das deutsche Lieferkettengesetz reiche nicht aus, um Arbeitnehmende zu schützen.

Soziale und ökologische Unternehmensverantwortung müsse für alle Bereiche der Produktions-, Liefer- und Vermarktungsketten gesetzlich geregelt werden. Eirich verweist auf die Initiative Lieferkettengesetz, wo KAB und Verbände unter dem Motto „Yes EU Can“ in einer Petition Bundeskanzler Olaf Scholz aufrufen, sich für ein wirksameres EU-Lieferkettengesetz einzusetzen. Die EU-Kommission hatte im Februar einen Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz vorgelegt, der zwar über das deutsche Gesetz hinausgeht, aber dennoch viele Schlupflöcher enthält, wie zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland und Europa kritisierten.

Die KAB ruft dazu auf, die Petition zu unterstützen, um den Druck auf die Politik zu verstärken.

 www.lieferkettengesetz.de

Kirche muss Vorbild sein

Offener Brief der KAB an Deutsche Bischofskonferenz

Das kirchliche Arbeitsrecht müsse Vorbild für die Gestaltung einer menschenwürdigen, fairen und gerechten Arbeitswelt sein. Dies hat der KAB-Bundesvorstand in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, dem Limburger Bischof Dr. Georg Bätzing, und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Kirchliches Arbeitsrecht, dem Kölner Erzbischof Rainer-Maria Kardinal Woelki, übergeben. „Mindestens auf Grundlage der drei umfassenden Sozialprinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität muss das Arbeitsrecht nicht nur einen hohen Anspruch an sich selbst formulieren, sondern diesen auch lückenlos einlösen“, so der KAB-Bundesvorstand.

Auf Augenhöhe

Die KAB fordert ein gemeinsames Wirken von Dienstgebern und Dienstnehmern auf Augenhöhe. Der kirchliche Dienst muss ein „effektives und einlagbares Gleichgewicht der beiden Seiten sicherstellen“, so die KAB. Die betriebliche Mitbestimmung in katholischen Einrichtungen dürfe keine Schlechterstellung gegenüber dem Betriebsverfassungsgesetz sein. Im Gegenteil, für ihre Botschaft sollte die Kirche mit gutem Beispiel vorangehen und die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes als „Mindeststandard in allen kirchlichen Einrichtungen“ anwenden. „Ein eigenes kirchliches Mitbestimmungsrecht hat nur dann seine Berechtigung, wenn es ein stärkeres Mitbestimmungs-

recht darstellt als das BetrVG“, fordert die KAB in ihrem Schreiben an die Bischöfe. Darüber hinaus setzt sich die KAB Deutschlands dafür ein, dass sich sowohl die Dienstgeberseite als auch die Dienstnehmerseite stärker jeweils in Arbeitgeberverbänden als auch in Gewerkschaften organisieren. „Die Beschäftigtenseite muss zur Durchsetzung ihrer Interessen ausreichend befähigt werden“, so die KAB. Es müssen Möglichkeiten eröffnet werden, „gegebenenfalls Arbeitskampfmaßnahmen durchzuführen“.

Bundesausschuss mit Arbeitsgruppe

Erst jüngst hatten sich die Delegierten des KAB-Bundesausschusses auf Antrag der Diözesanverbände Osnabrück, Hildesheim und Münster für eine „umfassende Neufassung des kirchlichen Arbeitsrechtes ausgespro-



Brachten den Stein ins Rollen. Vertreter*innen von „#Outinchurch“ übergeben dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz ihre Forderungen.

chen und die Einberufung einer KAB-Arbeitsgruppe gefordert. Ziel war es auch, die sogenannten Loyalitätspflichten und das Streichen arbeitsrechtlicher Sanktionen aufgrund queerer Lebensentwürfe einzufordern.

Wertvoll arbeiten in Europa

Prekäre Arbeit – Europäisches Seminar im KönzgenHaus

Mit dem gemeinsamen Seminar der deutschsprachigen KAB-Bewegungen ist der Startschuss für das Kompetenzzentrum „Internationale Bildung“ der KAB Deutschlands gefallen. Ursprünglich geplant als große Konferenz im Halterner KönzgenHaus kamen die internationalen Teilnehmenden aufgrund der aktuellen Situation für die zukunftsweisende Veranstaltung nun digital zusammen.

Zwei Tage lang haben sich die 45 Teilnehmenden des Europäischen Seminars mit dem Thema prekäre Arbeit in Europa auseinandergesetzt. Neben dem Austausch bisher gemachter Erfahrungen und dem „Realitätscheck“ durch Expert*innen aus KAB, KVW (Italien, Südtirol) und CAJ sorgten Prof. Dr. Werner Nienhüser als Arbeits- und Organisationsexperte sowie die evangelische Sozialethikerin PD Dr. Sabine Plonz für die wissenschaftliche Expertise.

Corona-Pandemie als Verstärker

Die zentrale Frage, ob sich das Thema der prekären Arbeit während der Pandemie weiter verschärft hat, mussten die Teilnehmenden leider eindeutig bejahen. Insbesondere diejenigen, die schon vorher am unteren Ende verdient haben, waren mit Ausbruch des Coronavirus die besonders Leidtragenden, die kaum vor einer möglichen Ansteckung geschützt wurden. Darüber hinaus haben die Zukunftsängste vor allem auch in den Branchen mit prekären Arbeitsverhältnissen weiter zugenommen.

Empowerment durch Gewerkschaften

„So muss beispielsweise die vorwiegend weibliche Gruppe der 24-Stunden-Betreuungskräfte in allen betrachteten Ländern unter besonders prekären und teilweise fast sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten“, erklärt Christoph Holbein-



Arbeitsexperte Prof. Dr. Werner Nienhüser referierte über prekäre Arbeit in Europa.

Munske, pädagogischer Mitarbeiter im KönzgenHaus und Tagungs-Moderator. „Der Pflegenotstand wird quasi auf ihrem Rücken ausgetragen. Hier sind wir als KAB gefragt: Durch gezieltes Empowerment müssen wir dafür sorgen, dass sich daran etwas ändert!“ Dafür brauche es zwingend die Macht von Arbeitnehmenden und Gewerkschaften, forderte Arbeitsexperte Werner Nienhüser in seinem Vortrag. Und auch Sozialethikerin Sabine Plonz machte ihre Forderung für diese Branche ganz deutlich: „Keine Gewinne in der Pflege!“ Für die zweitägige Veranstaltung zieht Könz-

genHaus-Geschäftsführer Norbert Jansen ein positives Fazit: „Wir haben noch einmal mehr als deutlich gemacht, dass das Thema der prekären Arbeit gerade in und nach der Corona-Pandemie wichtiger denn je ist. Der Themenschwerpunkt „Menschenwürdig statt prekär“, den die KAB Deutschlands ganz aktuell gesetzt hat, kommt genau zur rechten Zeit!“

Europaweites Netzwerk

„Menschenunwürdige und prekäre Arbeit ist europaweit ein wichtiges Thema“, bekräftigt auch Holbein-Munske. Umso wichtiger sei es, dass sich die europäischen KAB-Bewegungen diesbezüglich weiter vernetzen und koordinieren, um es gemeinsam weiter in den öffentlichen Fokus zu

rücken und Verbesserungen zu erreichen. „Bei unserer Veranstaltung sind bereits sehr gute und konkrete Ideen für den weiteren gemeinsamen Austausch entstanden, insbesondere in Bezug auf die Organisierung der 24-Stunden-Betreuungskräfte oder auch auf das bedingungslose Grundeinkommen.“ Man werde die gemeinsamen Überlegungen auf jeden Fall weiter intensivieren. Und auch für ein anknüpfendes Europa-Seminar im kommenden Jahr gibt es schon konkrete Pläne; dieses soll dann voraussichtlich in Südtirol stattfinden.

Könzgenhaus

Anzeige

	<p>Ihr familiengeführtes Traditionshotel mit 3-Sterne Komfort im Thüringer Wald</p> <p>ZUR GUTEN QUELLE</p> <p>98596 Brotterode-Trusetal · Schmalkalder Str. 27 ☎ 036840-340 · www.hotel-quelle.de</p> <p>44 Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Kabel-TV, WLAN kostenlos.</p> <p>Ruhige, zentr. Lage. Barrierefreier Eingang, Lift, behindertenger. Zimmer.</p> <p>Wellness, Fitness, Saunalandschaft, Kegelbahn, Außenanlage.</p> <p>Thüringer Küche + Gruppenräume + Gruppenermäßigung.</p> <p>Ein guter Ausgangspunkt zu den schönen Sehenswürdigkeiten Thüringens, z. B. Erfurt, Weimar, Eisenach, Schmalkalden, Gotha, Suhl, Oberhof u.s.w.</p> <p>Wir freuen uns auf Ihren Besuch.</p>
	<p>Attraktive Gruppenpreise</p>

Mobilität an der Grenze

KAB-Kreuzweg an der längsten Straße Europas



Europas Autobahnen. Die längste Europastraße mit über 8700 Kilometern ist die Europastraße 40 (E40). Sie führt von Westen nach Osten durch zehn Länder von Calais in Frankreich quer durch die Ukraine bis nach Ridder in Kasachstan: Sie verbindet Europa mit Asien. Nicht nur die unterschiedlichsten Waren, sondern auch unzählige Menschen aus verschiedenen Ländern sind auf der E40 unterwegs.

Für viele ist der graue Asphalt zum täglichen Zuhause geworden, weil seit Jahrzehnten das Lager für die Logistik internationaler Lieferketten auf die Straße verlegt wurde, Bahnstrecken abgebaut wurden. Unternehmen sparen dank des Just-in-Time-Prinzips immense Lagerkosten. Die letzten vier



CSU-Bundesverkehrsminister haben das deutsche Autobahnnetz überlastet. Das asphaltierte Verkehrsnetz platzt seit Jahren an vielen Stellen aus den Nähten, insbesondere auch an Raststätten. Die öffentliche Hand finanziert den Ausbau der Infrastruktur mit Steuergeldern. Und kommt trotzdem kaum damit hinterher. Zwischen 1990 und 2018 stieg der Straßengüterverkehr von 170 Milliarden Tonnenkilometer auf 500 Milliarden im Jahr 2018. Tendenz steigend. Und besonders der Anstieg ausländischer Lkw explodierte im gleichen Zeitraum von 39 Milliarden auf 205 Milliarden Tonnenkilometer.

Risiko tragen die Fahrer

Die Leidtragenden sind die Beschäftigten im Transportgewerbe. Wer den Beruf des Fernfahrers ausübt, ist häufig monatelang von der Familie getrennt. Jenseits der Community verbringen sie unbeachtet und isoliert ihren Alltag am Steuer des Lkw und auf den Raststätten. Dort schlägt man die Zeit zwischen den erlaubten Fahrtstunden tot, ohne viel Geld in der Tasche.

Denn das ist eine weitere harte Seite am Job des Fernfahrers: Die Branche missachtet europaweit die gesetzlichen Vorgaben rund um Entlohnung und soziale Absicherung. Sie rekrutiert ihr Personal vorwiegend aus osteuropäischen Ländern und bezahlt sie widerrechtlich nicht nach hiesigem Mindestlohn, sondern nach dem des Her-

kunftslandes. Hinzu kommen undurchsichtige Arbeitsverträge als Subunternehmer mit Werksverträgen für die Speditionsunternehmen. Oft gründet ein europäisches Logistikunternehmen eine Briefkastenfirma in Osteuropa und heuern dort Lkw-Fahrer an. Der Anspruch auf westeuropäische Mindestlöhne bei der Durchfahrt wird meist nicht eingeklagt, weil sie ihre Rechtslage nicht kennen, so Szabolcs Sepsi vom Projekt „Faire Mobilität“. Zugleich sind Lieferpläne so gestaltet, dass die Fahrer die Schutzvorschriften unterlaufen müssen. Auch ansonsten werden gute Regelungen umschifft, Wagnisse und Risiken auf die Beschäftigten abgewälzt. Krankheit und Unfall gehören dazu, die Arbeitgebenden verweigern Lohnfortzahlung oder sie erwarten Lohnabzüge. Die Spesenvergütung läuft oft unter dem Radar von Finanzamt und Sozialversicherung.

Hingehen, wo die Menschen sind

Die KAB im Bistum Aachen möchte diese prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse an die Öffentlichkeit zerren. Sie will die Missstände als das brandmarken, was sie sind: unmenschlich und ungesetzlich. Dass der deutsche Staat im Vergleich zu anderen



Volle Rastplätze. Fotos: Hohenschue

europäischen Ländern lax in den Kontrollen ist, hält der katholische Sozialverband für einen Skandal. Unser Wohlstand fußt auf der Ausbeutung dieser Menschen. „In den letzten Jahren hatten wir in der KAB regelmäßig die Situation osteuropäischer Wanderarbeiter*innen im Blick. Bei der diesjährigen Vorbereitung haben wir



Mit kleinen Ostergeschenken wurde der Kontakt zu den Lkw-Fahrern aufgebaut.

entschieden, die Kreise zu weiten und die Menschen im europäischen Speditionswesen in den Blick zu nehmen. Also machen wir den Kreuzweg dort, wo wir diese Menschen treffen“, erzählt KAB-Diözesanvorsitzender Andris Gulbins im Vorfeld des Kreuzwegs der Arbeit.

Dieser findet in diesem Jahr auf der Raststätte Aachener-Land Nord an der Europastraße 40 statt, wo die Lastwagen aus dem Osten voll beladen mit Gütern in Richtung Westen unterwegs sind. KAB-Mitglieder zeigen mit Bündnispartnern aus Kirche und Gewerkschaften, dass ihnen das harte Leben der Fernfahrer nicht egal ist. Sie gehen von Lkw zu Lkw, klopfen an die Kabinentüren, suchen das Gespräch. Hilfreich: die Sprachkenntnisse, die einige Mitstreiter*innen von KAB und der DGB-Initiative Faire Mobilität mitbringen.

Prekäre Arbeit zum Überleben

Die Reaktionen am Rastplatz Aachener Land auf die Aktion sind trotz des regnerischen Wetters positiv. Die meisten Fahrer reagieren offen, sie freuen sich über die unerwartete Begegnung an ihrem einsamen Wartepplatz und fühlen ihre Situation wahr und sich selbst ernstgenommen. Frei-

mütig erzählen sie von ihrer familiären Situation zu Hause. Sie wissen zwar genau, dass sie laut Gesetz schlecht bezahlt sind, aber sie und ihre Familien sind auf dieses Geld angewiesen. Deshalb wehren sie sich nicht gegen ihre Arbeitgebenden und suchen weder Beratung noch Beistand auf.

Die Fernfahrer selbst sind eine eigene Community. Sie sind in ihrem Fahrerhaus unterwegs in einer gut vernetzten Welt, getragen von viel Austausch und auch Solidarität.

Doch Sonnenschein mag nicht nur bei diesem Regenwetter nicht aufkommen. Den Teilnehmer*innen des KAB-Kreuzwegs der Arbeit berichten die Fahrer, dass diese starke Verbundenheit allmählich Risse erhält. Der zeitliche sowie der wirtschaftliche und auch politische Druck nehmen zu. Nicht so stark in Deutschland, aber zum Beispiel in Polen, wo aufgrund des Krieges in der Ukraine besonders russische Fahrer bereits Beleidigungen und Bedrohungen erfahren. Ein neues, riesiges Thema, das sich neben der ohnehin prekären Situation der Fernfahrer und den gestiegenen Diesel- und Kraftstoffpreisen gerade auftut, da der Großteil der Trucker aus den osteuropäischen Ländern stammt.

Thomas Hohenschue

DV ROTTENBURG-STUTTGART

Einsatz bei Tarifverhandlungen



Beim Kampf über Tariferhöhungen bei den kommunalen Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen hat der KAB-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart seine Solidarität öffentlich bekundet. KAB-Geschäftsführerin Svenja Gruß unterstützte die Beschäftigten, die im Vorfeld der nächsten Tarifrunde in der Stuttgarter Innenstadt gemeinsam mit ver.di für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen demonstrierten.

Denn die erzielten Abschlüsse für Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen im öffentlichen Dienst betreffen auch die kirchlichen Mitarbeiter*innen in der Caritas. „Die Abschlüsse werden meistens übernommen, daher wollen wir unsere Unterstützung anbieten“, so Gruß.

Die KAB unterstützt den Arbeitskampf der Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen.

Foto: ver.di

DV MÜNSTER

Weibliche Präses

„Im Sendegebiet des Westdeutschen Rundfunks kennen viele ihre Stimme. Die Nottulner Pastoralreferentin Manuela Bans spricht seit gut acht Jahren regelmäßig „Das geistliche Wort“ im WDR. Von „Kirche im WDR“ wechselt Bans nun zu „Kirche in der Arbeitswelt“ der KAB. Ab 1. Oktober ist die 48-jährige Religionspädagogin als geistliche Verbandsleitung im KAB-Diözesanverband Münster aktiv. Bans hat einen Abschluss zur geistlichen Begleitung 2011 absolviert und wird mit einer 60-Prozent-Stelle Diözesanpräses Michael Prinz zusammenarbeiten. „Ich freu mich auf die gemeinsame Arbeit und die explizit christlich-politische Perspektive der KAB“, sagte Bans der Zeitung „Kirche und Leben“ und betonte nach ihrer Wahl: „Wie Sie Demokratie im Verband leben, ist in meinen Augen vorbildlich für die ganze Kirche.“ Gemeinsam mit Elisabeth Hönig, Sigrid Audick und Wolfgang Kollek komplettieren die beiden geistlichen Leiter die Diözesanspitze.



Die Leitung wird weiblicher. Michaela Bans wurde zur neuen geistlichen Leitung im DV Münster gewählt.

Foto: Werner Rieke

DV ESSEN

Wieder auf der Halde

Nach zwei Jahren fand der traditionelle Karfreitag-Kreuzweg wieder auf der knapp 160 Meter hohen Halde Haniel in Bottrop statt. An dem Kreuzweg, der von der KAB im Bistum Essen, der RAG Stiftung und dem Verein Karfreitagskreuzweg veranstaltet wird, nahmen über Tausend Menschen teil, nachdem aufgrund der Corona-Pandemie die traditionelle Wallfahrt zweimal abgesagt wurde. Bischof Overbeck stellte sich in seiner Predigt gegen die Vereinnahmung des Christentums durch die russische Führung für den Angriffskrieg auf die Ukraine. Er sehe in Russland eine „gefährliche Form der Verbindung von christlicher Orthodoxie und politischem Nationalismus, die Hand in Hand miteinander gehen. Wäre der russische Präsident von der christlichen Botschaft überzeugt, würde er keinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führen“, so der Essener Bischof.



Nach zwei Jahren wieder auf der Halde. Teilnehmer*innen des Karfreitag-Kreuzweges in Bottrop. Foto: Rabbe

KAB REGENSBURG

Goldene Abrissbirne verliehen

Die KAB Regensburg hat als Mitglied der Aktionsgruppe „Schluss mit Kliniksterben in Bayern“ gemeinsam mit dem Bündnis „Klinikrettung“ die „Goldene Abrissbirne“ an den Baden-Württembergischen Gesundheitsminister Manfred Laucha vergeben. Der Schmähprijs, der am Weltgesundheitstag verliehen wurde, ging an den Politiker von Bündnis 90/Die Grünen, weil während seiner Amtszeit seit 2016 laut Laudatio 26 Kliniken und Krankenhäuser schließen mussten; oft gegen den Protest von Gewerkschaften, Ärztinnen, Ärzten und Bürgermeister*innen. Im Rahmen der Kampagne „Klinikrettung im ländlichen Raum“ hatte sich der Pflegebeauftragte der bayerischen Staatsregierung, Prof. Dr. Peter Bauer, bei einem Fachgespräch der KAB geäußert. Er erklärte ein klares Nein zur Bertelsmannstudie, die eine massive Schließung von Krankenhäusern vorsieht. Von ehemals 1400 Krankenhäusern sollen 680 übrig bleiben, erklärt KAB-Diözesansekretär Markus Nickl.

DV AACHEN

Kein gutes Lieferkettengesetz

Der Arbeitskreis Madagaskar der KAB-Diözese Aachen hat das deutsche Lieferkettengesetz als nicht ausreichend bewertet. In einem Vergleich zwischen dem verabschiedeten deutschen und dem geplanten europäischen Lieferkettengesetz kommt der

Arbeitskreis zu dem Schluss, dass der europäische Entwurf „deutlich weiter und umfassender die gesamte Wertschöpfungskette“ behandelt und so mehr Schutz vor Ausbeutung in den Ländern des Südens bietet. Betroffene können bei Verstößen die Haftungsre-

geln vor europäischen Gerichten einklagen. Auch Bundespräsident Stefan Eich hatte im Vorfeld des G7-Gipfels dazu aufgerufen, sich für ein soziales und nachhaltiges Lieferkettengesetz in Europa und auf der Ebene der G7-Staaten starkzumachen.

Sozialtage mit Verfassungsgerichtspräsident

MANNHEIM. An den diesjährigen Kurpfälzer Sozialtagen wird auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Stephan Harbarth, zusammen mit Erzbischof Stephan Burger teilnehmen. Die Kurpfälzer Sozialtage finden, nachdem sie 2020 auf Grund der Corona-Pandemie ausgefallen sind, in diesem Jahr zum zehnten Mal statt. Der Auftakt findet am 8. November statt.



Prof. Dr. Stephan Harbarth

Hilfe für Berufseinsteiger

ROSENHEIM. Mit einem Firmpatenprojekt unterstützt der KAB-Kreisverband Rosenheim Firmlinge auf ihrem Weg ins Berufsleben. „Die Firmlinge mit vierzehn Jahren sind genau in dem Alter, wo man beginnt, sich über Zukunft und Berufswahl auseinanderzusetzen“, meint KAB-Kreisvorsitzender Alfred Hirschler. Ende März informierte die KAB bereits zum neunten Mal Firmlinge und ihre Pat*innen mit einem Faltblatt über Berufswahl und spätere Stellensuche. Die Pat*innen könnten so zu Pat*innen werden, die bei der Vermittlung in die Arbeitswelt helfen. In diesem Jahr hatte die KAB rund 2000 Flyer an die rund 2000 Firmlinge im Kreis gegeben.

Jubiläum: Kirche der Armen

MÖNCHENGLADBACH. Sie ist in der Region bekannt als „Kirche der Armen“, die an der Seite der Arbeiter*innen in prekären Beschäftigungen, der Wanderarbeiter*innen oder der Arbeitslosen steht: Die 125 Jahre alte Brandts-Kapelle, die vom 2015 verstorbenen Arbeiterpriester Eddi Erlemann und dem Mönchengladbacher Volksverein zum „Treffpunkt am Kapellchen“ (TaK) umgewandelt wurde, steht nun genau 15 Jahre im Dienst der Solidarität, Mitmenschlichkeit sowie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Der Volksverein hat aus diesem Anlass eine Broschüre erstellt, die an die Erbauung und die Neugestaltung der „Kirche der Armen“ erinnert. Herausgeber sind die KAB-Mitglieder Johannes Eschweiler und Norbert Jers.

Kettelers Kirche ohne KAB

BECKUM. Mitte März hat sich die KAB St. Paulus in Beckum aufgelöst. Damit verschwindet ein KAB-Verein in einer Gemeinde, die einst der Gründer der KAB, Wilhelm-Emmanuel von Ketteler als Kaplan von 1844 bis 1846 betreut hatte. Im Jahr 1888 hatte sich der erste KAB-Verein in Beckum gegründet. Ein halbes Jahr nach der Gründung zählte die KAB bereits 250 Mitglieder, Anfang des 19. Jahrhunderts wuchs die Zahl der Mitglieder auf 700 an. Heute, 134 Jahre später, waren laut KAB-Präsident Ulrich Hellweg noch „vierzig Mitglieder im zumeist weit fortgeschrittenen Alter“ in der KAB. Die Auflösung musste verschoben werden, da zur Jahreshauptversammlung am 5. März die erforderliche Mindestzahl von zwei Drittel der Mitglieder nicht anwesend war. Für Mitglieder besteht die Möglichkeit, sich dem Bezirksverband oder KAB-Nachbarvereinen anzuschließen.

Sonntagsverkauf gestoppt

WEILBURG/KASSEL. Die KAB im Bistum Limburg hat gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Ende April einen verkaufsoffenen Sonntag gekippt. Mit einer Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof bekamen die Arbeitnehmenden Recht, nachdem das Verwaltungsgericht Wiesbaden zuvor den Eilantrag abgelehnt hatte. Diözesansekretär Martin Mohr erklärt, dass Städte und Kommunen stärker die Gesetze zum Sonntagschutz umsetzen müssen, statt den Schutz auszuhöhlen.

Osterhase für Brummifahrer

NEUWIED. Gemeinsam mit ver.di versüßte die KAB Neuwied das Osterwochenende von Brummifahrern. Diakon Michael Hommer hatte mit den Bündnis „Betriebsseelsorge on tour“ auf dem Autohof der A 61 auf die desolate Situation und unmenschlichen Arbeitsbedingungen von Fernfahrern aufmerksam gemacht. Immer häufiger werde aufgrund des Drucks der Unternehmer die gesetzlichen Ruhezeiten der meist osteuropäischen Fahrer nicht eingehalten, da Kontrollen fehlten.

Immer schnell und umfassend
informiert!

www.kab.de



Spiele nach Corona

DÜSSELDORF. „Verwandte und andere Nachbarn“. So lautet das Lustspiel, das die KAB im Düsseldorfer Stadtteil Heerdt schon vor zwei Jahren auf die Bühne bringen wollte. Jetzt ist den Mitgliedern der KAB-Komödienbühne ein Stein vom Herzen gefallen. Im März und April konnte die KAB-Laienschauspieltruppe endlich wieder Theaterluft schnuppern und die Komödie auf die Theaterbühne bringen.

„Die erste Probe war ein Traum. Ich hatte das Gefühl, dass endlich wieder Normalität in meinem Leben ist“, erzählt KAB-Mitglied Brigitte Mockel. Dabei war der Wiedereinstieg trotz der Freude gar nicht so leicht. Trotz langer Proben mit ihrem Mann, war die Rückkehr in den Text schwerer gewesen. Vor zwei Jahren musste kurz vor der Generalprobe die Aufführung abgesagt werden.



KAB endlich wieder auf der Bühne nach Corona.

Foto: privat

Alois Nock im Ruhestand



Alois Nock verabschiedete sich Ende März in den Ruhestand. Foto: KAB

WALDMÜNCHEN. Seit 1991 leitete Alois Nock die Jugendbildungsstätte Waldmünchen. Anfang April ging Nock mit 65 Jahren in den Ruhestand. In seiner Zeit als Leiter und Geschäftsführer der KAB-/CAJ-Bildungseinrichtung wuchsen nicht Angebot und Programme, auch die Zahl der Mitarbeiter*innen erweiterte sich auf 70.

Die Bedeutung der Jugendbildungsstätte wuchs so über den oberpfälzischen Landkreis Cham hinaus und ist seit knapp zehn Jahren eine anerkannte bayerische Umweltstation. Nachfolger von Alois Nock ist Johannes Himmelhuber.

Kämpferin für Parität

Paritätische Mitwirkung der Frauen in Betrieb und Gesellschaft war für Marianne Kleisinger eine Grundmotivation für ihr Engagement in der KAB. Als Fabrikarbeiterin lernte sie die CAJ kennen. In der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Frauen sah sie eine wesentliche Grundlage für eine gleichberechtigte Beteiligung, auch für sich: sie studierte Sozialarbeit. Die Förderung der alleinerziehenden Frauen führte sie zur KAB Bamberg als Diözesansekretärin, ab 1979 als stellvertretende Verbandsvorsitzende der KAB Süddeutschlands. Bildung und Vernetzung der Frauen, verbandsübergreifend im Landesfrauenrat in Bayern, führte sie zu gesellschaftlichen Veränderungen. Die Forderungen „Rente für Mütter“ und der verbandliche Widerstand gegen geringfügige Beschäftigungen von Frauen wurden wesentlich von Marianne Kleisinger geprägt. Die KAB-Frauenkämpferin starb am 22. März im Alter von 85 Jahren.

Heiliger Zorn

Ungerechtigkeit entfachte bei Norbert Reith von der KAB Sarstedt schon mal der „Heilige Zorn“. Das Ur-Gestein der KAB im Bistum Hildesheim war unermüdlich, wenn es um Benachteiligte ging. „Wir müssen auf die Straße!“, so Reith.

Das machte der Sarstedter immer wieder, ob gegen Handelsabkommen oder Konzerne. Norbert Reith starb im Alter von 84 Jahren. „Wir werden ihn vermissen“, erklärte Diözesanvorsitzende Silvia Scharfenberg.



Norbert Reith

Jugend von Krisen betroffen

10. Europagespräch im Kölner DOMFORUM



S&D-Abgeordnete Gabriele Bischoff.

In Krisenzeiten sind Jugendliche besonders schnell von Arbeitslosigkeit betroffen“, erklärte die S&D-Europaabgeordnete Gabriele Bischoff im Rahmen des

10. Europagesprächs, das von der Europa Union Köln, dem Katholischen Bildungswerk Köln sowie dem KAB Stadtverband Köln und der KAB-Stiftung ZASS organisiert wird. Insgesamt sei die Jugendarbeitslosigkeit in allen EU-Ländern seit zehn Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Der Krisenmodus habe sich, so Bischoff, bereits in der Finanzkrise und auch jetzt mit der Corona-Pandemie besonders in Ländern wie Griechenland oder Spanien gezeigt, wo Jugendarbeitslosigkeit stets ein höheres Niveau habe. Der EVP-Europaabgeordnete Dennis Radtke sieht gerade in diesen Ländern einen politischen Sprengstoff für die Demokratie, da vielen Jugendlichen eine Perspektive fehle. In der Finanzkrise hatte Europa zwar mit Finanzprogrammen reagiert, aber ohne nachhaltige Veränderung für die stark betroffenen Länder.

Phedon Codjambopoulo, Präsident der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung, sieht gerade für Länder wie Griechenland ein Abwanderungsproblem. „Viele junge und gut ausgebildete Menschen verlassen ihr Land

und gleichzeitig leben 41 Prozent der jungen Menschen zwischen 18 und 31 Jahren noch bei den Eltern, weil ihre prekäre Situation nicht für ein eigenes Auskommen reiche. Gabriele Bischoff erinnerte an eine Aussage des damaligen portugiesischen Präsidenten Cavaco Silva, der den arbeitslosen Jugendlichen seines Landes riet: „Geht doch nach Europa und kommt zurück, wenn es Portugal besser geht!“ Die S&D-Abgeordnete fordert, dass der Weg der jungen Menschen nach Europa erleichtert werden müsse, dennoch müssen die strukturellen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern angegangen werden. „Europa dürfe nicht erst einspringen, wenn es brennt, sondern alle EU-Programme müssten einem Jugend-Check unterzogen werden, der die Auswirkungen für junge Menschen in den Blick nimmt.“ Bischoff forderte im Interview mit KAB-Online, das Wahlalter in der Europäischen Union auf 16 Jahre herabzusetzen, um die Stimme der Jugend in Europa hörbarer zu machen. (siehe auch: www.kab.de)



10. Europagespräch zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Fotos: Rabbe

Anzeige

Kampagne für Saubere Kleidung

© 2022 Saubere Kleidung Deutschland e.V.

Wir bringen die Schattenseiten der Modeindustrie ans Licht.

Unterstützen Sie uns dabei!

Kampagne für Saubere Kleidung Deutschland e.V.
 KD-Bank, IBAN: DE75 3506 0190 1555 0000 29
 BIC: GENODE1DKD

✉ spenden@saubere-kleidung.de
www.saubere-kleidung.de/spenden

Biblisches Menschenbild und Grundeinkommen

Christinnen und Christen müssen sich, ob sie es wollen oder nicht, mit dem bedingungslosen Grundeinkommen und seinem Menschenbild auseinandersetzen!“ Dieses Menschenbild, das bedingungslos von Gott angenommen wird, so der Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Dr. Markus Schlagnitweit, sei eng mit den Prinzipien der Katholischen Soziallehre verbunden.

Bei seinem Vortrag in der Kölner Karl-Rahner-Akademie ging der Theologe und Sozialwissenschaftler besonders auf die jüngsten Vorstöße von Papst Franziskus zum Grundeinkommen ein. So habe Franziskus am Ostersonntag vor zwei Jahren im Zuge der Corona-Pandemie in einem Brief an die Volksbewegungen Lateinamerikas nicht nur die oft verborgene und informelle Arbeit gewürdigt, sondern auch die Möglichkeit und Chance eines Grundeinkommens für arbeitende Menschen in prekären Situationen aufgezeigt. „Diese Forderung“, so Schlagnitweit, „gehe über die Zeit der Pandemie-Krise hinaus.“ Das Grundeinkommen ist für Papst Franziskus eng mit der Menschenwürde in der Arbeitswelt verknüpft. Arbeitsbedingungen, die sie in Armut halten, könnten so abgelehnt werden. Nicht zuletzt, so der Theologe, befreie ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) alle Menschen dazu, das Verdienen des Lebensunterhaltes und den Einsatz für die Gemeinschaft miteinander zu verknüpfen. Arbeit sei dem biblischen Menschenbild nach konstitutiv für die Entfaltung der menschlichen Person. Für Franziskus gehe daher die menschliche Arbeit über den eingrenzenden Begriff der Erwerbsarbeit weit hinaus.

Schlagnitweit will Einwände, ausgehend von den Prinzipien der Soziallehre, von Grundeinkommens-Kritikern nicht gelten lassen. „Subsidiarität allein mit Eigenverantwortung gleich-



Grundeinkommen und Soziallehre. Bundespräsident Stefan Eirich forderte ein Kindergrundeinkommen als einen wichtigen ersten Schritt. Foto: Rabbe

zusetzen, sei nicht richtig. Vielmehr müsse die größere gesellschaftliche Einheit dafür sorgen, dass die individuellen Voraussetzungen zur Teilhabe und Selbstverwirklichung im Sinne des göttlichen Schöpfungsauftrages erfüllt werden.“

Grundeinkommen für Kinder

In der Diskussion der Veranstaltung, die von der KAB, dem BDKJ, der Christlichen ArbeiterInnen-Jugend (CAJ) und dem Netzwerk Grundeinkommen organisiert wurde, wurde auf Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer Umsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens eingegangen. So beinhaltet

die individuelle Gestaltungsfreiheit, die durch ein Grundeinkommen gegeben ist, auch Angst vor Freiheit und Veränderung. Einig waren sich die Teilnehmer*innen, dass das Grundeinkommen alle Probleme wie Klimawandel, soziale Ungleichheit oder Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Roland Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen rief die gut 25 Teilnehmer*innen auf, die Europäische Bürgerinitiative (EBI) Grundeinkommen zu unterstützen. Als einen ersten realistisch umsetzbaren und wichtigen Schritt bezeichnete Bundespräsident Stefan Eirich die Kindergrundsicherung, die die Ampel-Koalition jetzt aufgenommen hat.

Anzeige



Barrierefrei - gruppeneignet-Panoramalage
 Lift-Hallenbad 30° - Wellness - Sauna - Dampfbad - Kegeln
staatl. anerk. Erholungsort. 90 km Wanderwege, Biergarten, alle Zi. Flachdusche/WC/TV/Fön/Safe/WLAN, Livemusik, Film-, Bingo-, Grillabende. **Beste Ausflugsmöglichkeiten.** Viele EZ. Prospekt anfordern.

Landhotel Spessartruh, Familie Freitag, www.landhotel-spessartruh.de
 Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach, Tel. 09355-7443, Fax -7300

Die K-Frage in der KAB

Präsidiskonferenz in Köln will neue Maßstäbe setzen

Die Diözesanpräsidies der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung gingen bei ihrem ersten Treffen nach zwei Jahren mit digitalen Konferenzen gleich doppelt ans Eingemachte. Auf der Tagesordnung stand zum einen die Öffnung des geistlichen Amtes im Verband für Laien und Frauen. Zum anderen befassten sich die geistlichen Vorstände mit dem „Katholischsein der KAB“ in einer Kirche, deren Glaubwürdigkeit bis tief in den Verband hinein erschüttert ist.

Laien gleichberechtigt

Bei der „K-Frage“ der KAB ging es den Teilnehmer*innen um die Frage: Wie kann heute das Katholischsein in der KAB Deutschlands plausible Antworten auf die Herausforderungen in Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft geben? Orientierung gibt dabei, so die einhellige Meinung, das Menschenbild der Katholischen Soziallehre und deren Konkretisierung in En-

zyklischen wie *Laudato si'* oder *Evangelii gaudium*. Die Konferenz setzte sich kritisch mit der starken Fixierung kirchlicher Reformdebatten auf Fra-



Teilnehmer*innen der Präsidiskonferenz in Köln. Foto: Rabbe

gen von Macht und Amt auseinander. Im Gegensatz zum nach wie vor hierarchisch geprägten Erscheinungsbild der Kirche in Deutschland böte die KAB mit ihrem auf der Gleichberechtigung von Klerikern und Laien basierenden Leitungsverständnis ein gesellschaftlich glaubwürdiges Zukunftsmodell. Teil des kirchlichen Selbstverständnisses der KAB müsse aber primär ein Hinhören auf die so-

zialen und existenziellen Nöte der Gesellschaft sein. Die Teilnehmer*innen bekräftigten den Anspruch des Verbands auf eine Vermittlerrolle zwischen Arbeitswelt und Kirche.

KAB ist Avantgarde

Die Glaubwürdigkeit der KAB hängt jedoch genauso von ihrer eigenen Erneuerungsfähigkeit ab. Dass diese zumindest im Bereich der geistlichen Vorstände längst begonnen hat, zeigt sich an der Zusammensetzung der Präsidiskonferenz.

Diese besteht schon seit Längerem nicht mehr nur aus Priestern. Hinzugekommen sind neben Diakonen Frauen und Männer, die an der Spitze einzelner Diözesanverbände das geistliche Leitungsamt innehaben. Dies geschieht entweder in Kooperation mit den klassischen Präsidies oder in deren Nachfolge. Auch hier ist die KAB im besten Sinn des Wortes Avantgarde.

Frauenquote bei Sozialwahlen 2023

Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisation mit neuer Homepage

Ein knappes Jahr vor den Sozialwahlen stellt sich die Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) mit einer neuen Website optisch neu auf. Damit verbunden ist der Start der Anmeldephase für Kandidaturen zu den Sozialwahlen 2023 (sozialwahl2023@kab.de).

Die Wahlen zu den Gremien der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Rentenversicherungsträger finden im Frühjahr 2023 statt. Offizieller Wahltermin ist der 31. Mai 2023. Bis Juni dieses Jahres können sich Kandi-

dat*innen für die nächsten Sozialwahlen für die Mitgliedsorganisationen der ACA bewerben. Über das Anmeldeformular (www.aca-bund.de) braucht es nur wenige Minuten, um sich als Kandidat bzw. Kandidatin zu bewerben. Erstmals ist eine Frauenquote von vierzig Prozent vorgesehen. In der Krankenversicherung ist diese Quote verbindlich. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen, in der sich neben der KAB auch Kolping und der Bundesverband der Evangelischen Arbeitnehmer (BVEA) zusammengeschlos-

sen haben, engagiert sich in den Berufsgenossenschaften, den Krankenversicherungen und der Rentenversicherung.

Allein in der Krankenversicherung sind knapp 90 Prozent aller Einwohner*innen in Deutschland gesetzlich krankenversichert. Die ACA ist mit ihren Engagierten in den Gremien vieler Krankenkassen auf Bundes- und Landesebene aktiv und prägt somit ihre strategische Ausrichtung. Gleiches gilt für die Rentenversicherung, wo ebenfalls gut 90 Prozent der Erwerbstätigen abgesichert sind.



Krieg bringt Hunger nach Kenia

CWM schult Mitglieder zur Selbstversorgung

Mit der Rücknahme der Covid-19-Restriktionen hatten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten auch im informellen Sektor erleichtert. Die Regierung und die Weltbank deuteten bereits auf eine robust erholende Wirtschaft hin. Doch nun mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist erneut die Nahrungsmittel-Situation in Kenia gefährdet.

Im Februar war die Inflationsrate mit 6,23 Prozent die Höchste, bezogen auf die letzten Jahre. Die meisten Leute können den Preissteigerungen nicht ausweichen. Nicht nur Nahrungsmittel werden teurer. Auch andere Rohstoffe, weiß Joel Muriungi, ein Schweißer in der Diözese Meru. „Ein kleines Fenster von 4 mal 3 Zoll Metallrahmen ist von 4500 Kenia-Shilling (KSH) auf derzeit 6500 (etwa 51 Euro) gestiegen, weil die Preise für Metallstäbe gestiegen sind“, so der Handwerker.

Andere versuchen ihre Preise noch zu halten. Wachira, Supervisor bei Eldoret Express, einem Unternehmen für öffentliche Verkehrsmittel, das im Nordgraben und im Westen Kenias unterwegs ist, sagt: „Die Dieselpreise sind um 5 KSH pro Liter gestiegen, aber wir haben die Fahrpreise nicht erhöht, weil sich die Fahrgäste über die hohen Lebenshaltungskosten beschwert haben.“ Die Gewinnspanne wird von Tag zu Tag kleiner.

Im Monat März beklagen sich die Menschen am unteren Ende der Pyramide über die anhaltend hohen Preise für Lebensmittel, die für viele unerschwinglich geworden sind. Schon vor dem Krieg litten weltweit 270 Millionen Menschen an Hunger, etwa drei Millionen davon in Kenia. Die UN-Welternährungsbehörde rechnet mit einem weiteren Anstieg. In Kenia stammt ein großer Teil des importierten Weizens aus Russland und der Ukraine. Die zusätzlich steigenden Preise treffen gerade die Ärmsten, die mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Essen ausgeben.

Der Anstieg der Preise für Lebensmittel wie Milch, Mehl und Getreide zwingt die Menschen dazu, ihre Mahlzeiten zu rationieren oder ganz auszulassen. Jane Muthaura von der Diözese Meru und Emma Njogu (eine kleine Einzelhändlerin) in Murang'a berichten, dass beispielsweise der Preis für 10-Liter-Speiseöl von 1200 KSH im Dezember auf 2800 KSH im März dieses Jahres angestiegen ist. Auch andere Haushaltsartikel wie Waschmittel, Milch, Zucker, Reis haben sich extrem verteuert. Selbst für größere Superstore-Vertriebshändler wie Stephen K Ngigi, der Märkte im

Westen Kenias und an der Ostküste beliefert, berichtet, dass die Kosten für Weizenmehl innerhalb von einem Jahr um fast 50 Prozent gestiegen sind.

Hinter den Ländern der EU sind Russland und die Ukraine die größten Weizenexporteure nach Kenia. Das Land importiert etwas mehr als 800.000 Tonnen sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland. Der Krieg ist auch hier, tausende Kilometer entfernt von Kiew, direkt zu spüren. Hinzu kommen noch nur geringe Vorräte aufgrund der Trockenzeit. Die Politik der Regierung, zuerst einheimische Produkte zu beschaffen, bevor sie importiert werden, entschärft die Lage jedoch nur wenig.



Die Sanktionen und der Krieg bringen den Hunger nach Kenia.

CWM-Hilfe durch Saat-Kredite

Durch verbesserte und zugängliche Kredite können unsere Mitglieder erschwingliche Kredite von den CWM-HISA-Gruppen (kleine Ortsgruppen vergeben Kredite aus von Mitgliedern gesammelten Spareinzahlungen) z. B. zum Kauf von Saatgut und Düngemittel erhalten. Auch diese Preise waren in den letzten Wochen extrem angestiegen. Viele Pfarreien und Priester engagieren sich bei der Beschaffung zusätzlicher Mittel während der Pflanzsaison.

Nun kann die CWM Kenia ihren entwickelten Strategieplan umsetzen, indem ihre Mitglieder in regionalen Zentren Aktionsgruppen bilden. Ziel ist, den Mitgliedern günstige Möglichkeiten, z. B. im Agrarsektor, zu erarbeiten und die Zusammenarbeit mit anderen nichtstaatlichen Akteuren der Region zu stärken. Wenn die Mitglieder in der Wertschöpfung, Lagerung oder Maximierung der Produktion befähigt werden, können sie eigene Bio-Lebensmittel in ihren Gärten und Feldern produzieren und so gegen die steigenden Lebensmittelpreise angehen. Dazu gehört auch, dass die Caritas Mitglieder in der Milchwirtschaft geschult hat.

Die Krise fordert zu schnellem Handeln auf. Nicht der langsame Apparat der Regierung schafft dies, sondern Basisgruppen wie die der CWM Kenia, die nun verstärkt Partnerschaften eingehen, um Know-how zu neuen Anbaumethoden zu vermitteln oder um die Wertschöpfung für landwirtschaftliche Produkte zu entwickeln. Menschen müssen mehr und unterschiedliche Einkommensmöglichkeiten in diesen unsicheren Zeiten haben.

(Auszüge aus dem Bericht von Douglas Mutembei, Kenia im März 2022)

Irreführende „Sozialpartnerschaft“

Die Kirche muss Opposition gegen Ausbeutung und „Partner“ für Menschenwürde sein

Die Kirchen hatten zur Teilnahme an den diesjährigen (2022) Betriebsratswahlen aufgerufen. Dies ist wichtig, denn engagierte Betriebsräte sind wie die Gewerkschaften – und natürlich die KAB – notwendig, um berechnete Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen. Diese müssen meist gegen die Forderungen der Arbeitgeberseite erkämpft werden.

Und hier liegt das Problem des kirchlichen Aufrufs. Beide Kirchen betonen: „Betriebliche Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft sind Garanten für eine gelebte ökonomische und soziale Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft.“ Hier wird suggeriert, dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite grundsätzlich „Partner“ seien, die also immer dasselbe Ziel haben. Wenn dies so wäre, müssten die Arbeitnehmervertretungen nicht um die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen kämpfen. Die Wirklichkeit ist bekanntlich eine andere: Prekäre Arbeit ist weiter auf dem Vormarsch, Konzerne beuten Arbeitnehmer*innen massiv aus, und nicht selten werden diese durch die schwere Arbeit krank gemacht und „verschlissen“, bis sie durch frische Kräfte ausgetauscht werden. Pfarrer und KAB-Freund Peter Kossen und sein Bruder Florian, Hausarzt und Internist, sprechen dabei von „Wegwerfmenschen“. Hier von „Sozialpartnerschaft“ zu reden, ist purer Hohn und ein Schlag ins Gesicht der Opfer dieser Menschenverachtung. Die Propheten in der Bibel mit ihrer scharfen Sozialkritik an den Reichen und Mächtigen würden sich im Grabe umdrehen. Zum Glück gibt es unter den Arbeitgeber*innen auch Ausnahmen wie etwa die fleischverarbeitenden Betriebe Brand in Lohne. Sie behandeln und bezahlen ihre Arbeiter*innen anständig und stehen deshalb unter erhöhtem Druck der menschen-schindenden Konkurrenz.

Zur Profitsteigerung gezwungen

Und hier kommen wir zu einem noch tiefer liegenden Problem: der Systemlogik unserer kapitalistischen Wirtschaft, die im Krefelder KAB-Beschluss (2017) und im Beschluss der KAB-Bundesdelegiertenversammlung (2021) treffend problematisiert worden ist. Die Arbeitgeber*innen als Kapitaleigner*innen sind dem kapitalistischen Zwang zur Profitmaximierung unterworfen. Sie setzen ihr Geldkapital ein, um es zu vermehren: Sie erwerben Produktionsmittel wie z. B. Fabriken, Maschinen, Grund und Boden und nutzen die Arbeitskraft der Arbeiter*innen, indem sie durch deren Anwendung mehr Wert erhalten, als sie den Beschäftigten über den Lohn zurückzahlen. Auf dieser Grundlage erwirtschaften sie am Ende eines Kreislaufs mehr Geld, als sie in Produktionsmittel und Arbeitskraft investiert haben, d. h.

sie erzielen Gewinn/Profit, den sie als Kapital wiederum für Arbeitskraft von Arbeiter*innen und für Produktionsmittel einsetzen, um damit weiteren Mehrwert und Gewinn zu erwirtschaften u. s. w. Dabei steht die/der Kapitaleigner*innen in ständiger Konkurrenz zu weiteren Kapitaleigner*innen und daher unter dem Zwang, mit möglichst geringen Investitionskosten (Maschinen, Arbeitslohn u. s. w.) möglichst hohen Gewinn zu erzielen. So wird eine Unternehmerin, die Erfolg haben will, eher geringen Lohn zahlen, während ein Unternehmer, der guten, angemessenen Lohn zahlt, sich auf dem umkämpften Markt weniger erfolgreich behaupten können.

Dass einige wenige Arbeitgeber*innen trotz dieses kapitalistischen Zwangs zur Profitmaximierung anständigen Lohn zahlen und gute Arbeitsbedingungen schaffen und damit Gefahr laufen, gegenüber der menschen-schindenden Konkurrenz unterzugehen, ist nicht hoch genug einzuschätzen; hier können wir tatsächlich von „Sozialpartnerschaft“ sprechen – aber nur hier!

Wirtschaft für ein gutes Leben für alle

Als KAB, als Kirche müssen wir solche Arbeitgeber*innen unterstützen und die schlimmen Folgen des Kapitalismus in Deutschland und weltweit durch tagespolitische Forderungen (höherer Mindestlohn, Lieferkettengesetz u. a.) eindämmen; zugleich müssen wir daran arbeiten, das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst, das Papst Franziskus als „terroristisch“ und Tod bringend verurteilt, zu überwinden hin zu einer Wirtschaft, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Schritte auf diesem Weg können eine verstärkte Demokratisierung in Wirtschaft und Betrieben (Stärkung von Betriebsräten u. s. w.), genossenschaftliche Betriebe (s. z. B. Impuls 04/2021, S. 26–27) und „die Vergesellschaftung privaten Eigentums an natürlichen Ressourcen wie z. B. Grund, Boden und Wasser“, aber auch an Produktionsmitteln (Krefelder Beschluss, 16) sein. Wir müssen eine prophetische Kirche sein, die wie die Propheten und wie heute Papst Franziskus gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde streitet. Der Mensch darf nicht länger bloß Mittel zum Zweck der Profitmaximierung sein, sondern muss selbst Ziel und Mittelpunkt allen Wirtschaftens werden. Erst dann erhält er die Würde, die ihm als Ebenbild Gottes zukommt.

Prof. Dr. Ansgar Moenikes
(Moenikes ist katholischer Theologe und Mitglied in der Projektgruppe „Kapitalismus verstehen und überwinden“ im KAB-Bundesverband)



Die Arbeitswelt ist bisher kein Thema!

KAB diskutierte über synodalen Weg

Es gibt sehr viel mehr Themen, die auf eine synodale Weise in der katholischen Kirche beraten und entschieden werden müssen.“ Dazu gehören Probleme und Fragen der Arbeitswelt, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz. Diese zentralen Themen stehen bisher zwar nicht auf der Tagesordnung des synodalen Weges der katholischen Kirche Deutschlands – sie sind jedoch zentral für die Botschaft des Reformpapstes Franziskus.

Immerhin deuten sich als Ergebnis erste innerkirchliche Reformschritte an. Deutlich wurde dies bei dem Vortrag der Synodalen und langjährigen KAB-Diözesanvorsitzenden Brigitte Lehmann in Duisburg-Rheinhausen. Sie berichtete über die Einrichtung und Arbeit der vier Foren ‚Macht, Gewaltenteilung und Teilhabe in der Kirche‘, ‚Priesterliche Existenz‘, ‚Frauen in kirchlichen Diensten und Ämtern‘ und ‚Liebe, Sexualität und Partnerschaft‘. Neben den Synodalversammlungen fanden auch Regionaltreffen und Vernetzungstreffen auf unterschiedlichen Ebenen statt. Vorbereitungstexte und Beschlusstexte wurden bisher durchweg mit großen Mehrheiten verabschiedet, auch mit

der notwendigen 2/3-Mehrheit der Bischöfe. Überlagert und überschattet wurde der synodale Prozess, der noch 2023 fortgesetzt werden soll, allerdings immer wieder durch aktuelle Missbrauchsdiskussionen.

Innerkirchliche Reform

Deutlich wurden auch in der Rheinhauser Diskussion Mindestforderungen für eine notwendige innerkirchliche Reform, die indessen von der synodalen Versammlung mit aufgegriffen worden sind: Mehr Gewaltenteilung und Demokratie in der Kirche, zumindest die Einrichtung des Diakonats von Frauen als eines bereits in der Urgemeinde zentralen kirchlichen Amtes und eine Aufhebung der erst im Mittelalter eingeführten Zölibatsverpflichtung für Priester.

Ob diese Forderungen allerdings die Zustimmung der römischen Kurie finden, bleibt leider noch offen und ist deshalb offensiv auszuhandeln. Vorgeschlagen wurde zudem die ergänzende Einrichtung eines weiteren Forums zur sozialen Botschaft und Friedensbotschaft von Papst Franziskus und zur Fortführung des konzilia-

ren Prozesses für ‚Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung‘.

Für diese Anliegen zumindest dürfte die Unterstützung von Papst Franziskus sicher sein, und es sollten auch zentrale Themen der gleichzeitig laufenden Weltsynode der katholischen Kirche 2021 bis 2023 sein.

Dr. Norbert Fabian

Anzeige

Traumhafte Tage im bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe



- Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
- ein Haus mit besonders hohem Freizeitwert
- gemütliche Komfortzimmer
- Wahlmenüs m. regionalen Produkten, Salatbuffet
- Frühstücksbuffet m. hausgem. Köstlichkeiten
- neue großzügige Bäderlandschaft mit Saunen und Ruheoasen zum Wohlfühlen
- Massage & Kosmetiksalon
- Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl- der Höhepunkt Ihrer Reise
- 2 Kegelbahnen, Tanzbar
- Zentrale Lage für Ausflugsfahrten nach Passau, Österreich oder in den Böhmerwald usw.

7 Tage ab
357,- €
HP/p. P.

ROMANTIK POSTHOTEL
Fam. Dafinger · 94133 Röhmbach · Marktplatz 1
Tel. + 49 (0) 85 82 - 80 88

www.romantik-posthotel.de



Frances Perkins

Die Frau hinter dem New Deal

„Wir bekommen eine Menge wunderbarer Vorschläge, wie man die Industrie reformieren und umbauen soll, von Menschen, die nicht einmal ein Wasserglas verpacken können.“ Frances Perkins, mit ihr wurde „erstmal in der Geschichte der USA eine Frau mit der Leitung eines wichtigsten Ministeriums betraut“, schrieb 1933 die Neue Freie Presse in Wien. Die erste Arbeitsministerin

Amerikas unter Präsident Roosevelt war die treibende Kraft hinter dem New Deal von 1925. Perkins führt so in den USA die Sozialversicherung, die 40-Stunden-Woche, die Bezahlung von Überstunden, die Arbeitslosenversicherung, Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz sowie ein Verbot von Kinderarbeit ein. Frances, die bis 1943 US-Arbeitsministerin war, starb 1965.

Wer Was
Wann Wo



Lise Klaveness

Weil Männer beim Fußball schweigen

Wenn Männer schweigen, müssen Frauen das Wort ergreifen. Lise Klaveness, Präsidentin des norwegischen Fußballverbandes, fordert eine Untersuchung zu den Todesfällen auf den Baustellen der Fußballstadien in Katar und ein Ende des „Hyperkapitalismus“ im Fußballgeschäft. „Wir dürfen keine Zeit verlieren“, so Klaveness, wenn es um die Super-League-Pläne, um Sports-

washing für Russland oder Katar bei der WM oder Olympia geht. Ihre Rede beim Fifa-Kongress war nicht nur eine schallende Ohrfeige für Katar und Fifa, sondern für jene Männer, die diese Misere des Sports erst möglich gemacht haben. „Diese WM“, so die Frau, die kein Blatt vor den Mund nimmt, „darf nicht mehr dunkle Schatten auf den Fußball werfen.“

§ RECHT

Babysitten leicht gemacht!

Um als Eltern mal rauszugehen, haben wir eine Babysitterin. Ist das ein Minijob?

Ja, es handelt sich um einen Minijob und um eine abhängige Beschäftigung. Sie sind Arbeitgeber*in und bestimmen über Zeit, Ort und Art der Arbeit. Prüfen Sie also, ob die Beschäftigung bei der Minijob-Zentrale angemeldet werden kann. Ob eine Tätigkeit wie Babysitten angemeldet werden kann, erfahren sie bei der Zentrale.

Wie kann ich den Babysitter anmelden?

Entweder über die Homepage www.minijob-zentrale.de. Dort finden Sie den „Haushaltscheck“ und geben an, wie viel ihr Babysitter im Monat verdient. Verdienstgrenze derzeit 450 Euro. Als Arbeitgeber*in im Privathaushalt haben Sie auch die Möglichkeit, Ihre Haushaltshilfe telefonisch bei der Minijob-Zentrale anzumelden. Dafür erreichen Sie uns montags bis freitags in der Zeit von 7.00 bis 17.00 Uhr unter 0355/2902-70799. Die telefonische Anmeldung ist schnell und unkompliziert. Ein Mitarbeiter nimmt die erforderlichen Daten telefonisch auf und kümmert sich um alles Weitere.

Wie steht es mit Versicherungen?

Die Minijob-Zentrale berechnet die Sozialversicherungsabgaben, außerdem kümmert sie sich um die gesetzliche Unfallversicherung, falls dem Babysitter etwas passiert. Sie entscheiden, ob Sie den Minijob pauschal mit zwei Prozent oder individuell, wenn das Babysitten ein Zweitjob ist, nach der Lohnsteuerklasse des Babysittenden, anmelden. Die einheitliche Pauschalsteuer enthält bereits die Lohnsteuer, Kirchensteuer und den Solidaritätszuschlag.

Sie selbst können, wenn sie den Minijob angemeldet haben, ihn als Sonderausgabe bei der Einkommensteuer geltend machen.



Babysitting als Minijob.

Foto: pixabay

BUCHTIPPS

Rückwärts in die Zukunft

Endlich!“ oder „Jetzt“. Ob Jutta Allmendinger oder Rita Süßmuth, die Frauen haben es satt, getröstet zu werden. Die Soziologin Allmendinger ist mit ihrer Geduld am Ende. In dieser Streitschrift zeigt Jutta Allmendinger, was sich endlich ändern muss, damit wir echte Gleichberechtigung herstellen. Ihr Buch ist ein Fahrplan in die Zukunft, in der Geschlechtergerechtigkeit keine Forderung mehr ist, sondern ein Fakt. Dieser Fahrplan ist mit Corona nicht nur ins Stocken geraten. „Wir bewegen uns rückwärts in die Zukunft. Corona hat die wahren gesellschaftlichen Verhältnisse wie unter einem Brennglas hervortreten lassen: Männer arbeiten, Frauen arbeiten auch – und versorgen die Kinder. Männer verdienen, Frauen verdienen auch – aber bloß etwas dazu. Teilzeit und Elternzeit sind fast immer noch Frauensache, Führungspositionen und hohe Gehälter Männersache.“ Mit Fakten und Grafiken zeigt die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung auf, was sich in den letzten 100 Jahren entwickelt hat und worin das Dilemma weiterhin besteht. Jutta Allmendinger hat mit diesem Buch deutlich aufgezeigt, wie lang der Weg und wie wichtig es ist, die Gleichstellung von Mann und Frau weiterhin und krisenfest zu gestalten.



Jutta Allmendinger: Es geht nur gemeinsam! – Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen, Ullstein-Verlag, Berlin 2021, 12 Euro

Überleben mit Altersarmut

Fast zwei Drittel der Rentnerinnen, die ausschließlich von ihrer eigenen gesetzlichen Rente leben müssen, gelten als armutsgefährdet. Irene Götz, Professorin für Empirische Kulturwissenschaft, hat über Jahre hinweg 50 Frauen zwischen 65 und 80 Jahren gemeinsam mit ihrem Team getroffen und interviewt. Die Frauen in der Studie stammen aus allen Milieus. Von der ehemaligen Kosmetikerin über die pensionierte Beamtin oder die Altenpflegerinnen und Büroangestellte.

Die Kulturwissenschaftlerin hat ihren Blick weniger auf die zukünftigen Rentnerinnen als vielmehr auf die Frauen der Nachkriegszeit und den Wirtschaftswunderzeiten gerichtet. Dabei sind die Gründe für die im Alter häufig prekäre Situation der Frauen vielschichtig: Scheidung, Leben als Alleinerziehende, Gewalt- und Suchterfahrung. Weitere Faktoren, die zu Armut im Alter führen, sind aber auch bildungsferne, gering qualifizierte Teilzeitjobs oder Gesundheitsprobleme. Doch alle haben gelernt, Taktiken zu entwickeln, um sich selbst zu helfen. Die folgende Generation der Rentnerinnen wird die der Babyboomer sein. Irene Götz sagt, es sei zu erwarten, dass diese Generation sich wehren wird gegen leere Rentenkassen und ein System, das so viele altersarme Menschen in Not bringt.



Irene Götz: Kein Ruhestand: Wie Frauen mit Altersarmut umgehen, Antje-Kunstmann-Verlag, München 2019, 320 Seiten

BRIEFE an die Redaktion

Wir bleiben in der Kirche

Zu: Kirche ist mehr als der Begriff „System Kirche“

Wir teilen den Ärger vieler Katholikinnen und Katholiken über die gegenwärtige Lage unserer Kirche. Und wir können uns in die hineindenken, die sagen: Unter diesen Bedingungen will ich nicht in einer Kirche bleiben, doch wir sehen die vielen Menschen, die durch die Kirche immer wieder zum Dienst am Nächsten geführt werden: die alte, kranke und einsame Menschen betreuen, Zugewanderten helfen, in unsere Gesellschaft hineinzuwachsen, die Freizeiten für Jugendliche organisieren, mit der Opferdose von Haus zu Haus ziehen, um Geld zu sammeln für Notleidende, die sich

einsetzen für ein engeres Verhältnis zu unseren evangelischen Glaubensgeschwistern und zu Angehörigen anderer Religionen.

Wir sind in der Kirche nicht wegen des Papstes, wegen Bischöfen und Priestern. Das heißt auch, dass wir nicht davonlaufen ... Reformen sind dringend nötig. Dafür sehen wir bessere Bedingungen als je zuvor. Noch nie gab es in der Deutschen Bischofskonferenz so viele Reformer wie heute. Die wollen wir stärken, indem wir aus dem Inneren der Kirche heraus Druck machen. Wir geben nicht auf. Wir können und wollen die Dinge zum Besseren bewegen. Mehr unter www.wir-bleiben.org

Kurt Gerhardt, Köln

MAV-Kandidatur lohnt sich

Zu: „Was leisten Mitarbeitervertretungen, in Impuls 1/2022

Ich habe mich schon geärgert, als ich den Artikel gelesen habe. Erstens, weil die Möglichkeiten der MAVO unzulässig verkürzt wurden. Zweitens, weil die Gestaltung durch Betriebsräte aus meiner Sicht überbewertet wird. Auch wird die Analyse der Arbeit von Tausenden MAVen und ihren engagierten Mitgliedern in ganz Deutschland nicht gerecht. Richtig ist, dass es in manchen Bereichen eine Mitwirkung gibt, die sich auf „Anhörung und Mitberatung“ beschränkt und somit dem Dienstgeber die Möglichkeit gibt, Einwendungen der MAV unbeachtet zu lassen, dies ist aber im BetrVG genauso der Fall.

In zustimmungspflichtigen Angelegenheiten hingegen kann und darf der Dienstgeber ohne Zustimmung der MAV nicht handeln.

Die MAVO gibt den MAVen ein Instrument an die Hand, Regelungen auch gegen den Willen des Dienstgebers durchzusetzen. Da steht die MAVO dem Betriebsverfassungsgesetz in nichts nach.

Und genau deswegen, und da sind wir uns wieder einig, lohnt sich die Kandidatur für die MAV. Eines dürfen wir dabei auch nicht außer Acht lassen. Der allzu schnelle Ruf, das Betriebsverfassungsgesetz für die Kirchen zu öffnen, ver-

mag uns im Halse stecken zu bleiben. Denn wenn die Kirche und ihre Einrichtungen (und das steht zu erwarten) einen Tendenzbetrieb unter den Bedingungen des § 118 BetrVG darstellen, werden wir noch manchen Regelungen der MAVO nachtrauern, z.B. in wirtschaftlichen Fragestellungen, Stichwort Wirtschaftsausschuss.

Michael Billeb, Anröchte

Muss das sein ...

Zu: Schreibweise im Impuls

Mein Mann und ich sind mehr als 40 Jahre KAB-Mitglieder und sind s e h r erstaunt, dass ein katholischer Verband, wie die KAB den in unseren Augen „Gender-Schwachsinn“ mitmacht. In der neuesten Ausgabe ist das an verschiedenen Stellen (mit Gender-Sternchen z.B. Leser*innen) zu lesen. Muss das sein, oder sind nur wir so „von gestern“ ?? Wir möchten das jedenfalls nicht unterstützen und wir legen keinen Wert mehr auf das IMPULS-Heft. Eventuell überlegen wir uns, aus der KAB auszutreten, wollen das aber noch mit unserem örtlichen Vereinsvorstand besprechen.

Herrmann und Annemarie Kleinfelder, Biebegemünd

IMPRESSUM



116. Jahrgang,
Hrsg.
KAB Deutschlands

Gesamtherstellung
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantwortl.),
Deborah Müller
(Redaktionsassistentin)
Tel. (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
redaktion-impuls@kab.de
Bezug im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Alois Nock
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Anzeigen und Beilagen geben
nicht die Meinung oder
Einstellung der KAB wieder.

Anzeigen und Beilagen
Joh. Heider Verlag GmbH
Nicole Kraus
kraus@heider-medien.de
Tel. (0 22 02) 95 40-336
Auflage: 75.000

Für Termine keine Haftung.
Der nächste KAB-Impuls
erscheint am:
24. August 2022
Anzeigenschluss:
25. Juli 2022

ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de

Titelbild: Pixabay
Rückseite: Pixabay

YouTube KAB bei YouTube



**Spannende und informative
Interviews aus Politik, Wirtschaft,
Kirche und Gesellschaft unter**

**[www.youtube.com/
user/kabonline](http://www.youtube.com/user/kabonline)**

**KAB-YouTube-Kanal
Jetzt anklicken
und KAB schnell
und direkt
erleben!**

KAB-Rätselspaß

KREUZWORTRÄTSEL Suchen Sie die Lösungswörter!

erste Bundesministerin	Glanzpunkt	europäisches Adelsgeschlecht	Durcheinander	illoyal, abtrünnig	Null beim Roulette	Maß des elektr. Widerstandes	Spaß, Witz	Vereinsatzung	Eloge	englische Briefanrede	Pflegeanstalt	norddeutsch: nein
									Konzert-halle	7		
handwarm				Fluss durch Amersfoort	13		anstelle	als Anlage zugefügt			Frauenname (die Fromme)	
fragwürdig, anrühlich	3					Kartenspiel	1		schräge Auffahrt		4	
				Fabriketage als Wohnung			englischer Käse	Computernutzer			olivgrüner Papagei	Volksgruppe auf Neuguinea
Verlangen	Ort des Katholikentages	ungleichmäßig rotieren	Saugströmung	Fehler, Mangel	Skatkarte				2	tschech. Reformator († 1415)	Landvorsprung	5
erste Bundesfrauenministerin								Projektionsbild	Wildpflege		Thema im Impuls	
drei Personen		11		Staat im Baltikum		englische Kurzform von Theodore			Grundstoff, Baustein	Liebesbund	Smartphoneprogramm	
						Aufruf	nicht jene		8		ungerecht, unsportlich	Schmerz-laut
anwesend	Haltung, Aussehen		Aufsehen erregende Affäre		10				Jubel-schrei			
ärmelloses Oberteil							Elch	hügellos		15	Vorname d. Sängerin Fitzgerald †	unbestimmter Artikel
Kfz-Zeichen: Gießen	14	Wortteil: neu	Aufgussgetränk	mittels, durch				poetisch: Löwe	französisch: Sommer	Party		
							Wind-schatten-seite			Gebirge in Zentral-asien		12
Gefahrenhinweisschild	niederländisch: eins			Motto des Katholikentages								
bummeln					9		Vorname der Lemper		6	Teilzahlungs-betrag		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

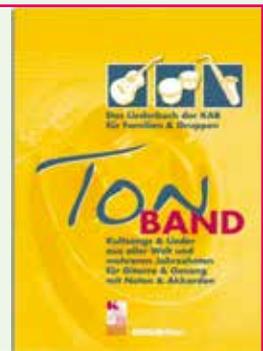
Sudoku

		2		3				7
		8						4
9				8				6
	8	7						9
		1		2				
	4				5			6
				8				3
8	5	7		6				1
	1		6	8				9

Rätseln und gewinnen!

Schicken Sie die Lösungswörter (bis 30. Juni 2022) mit Ihrer Adresse an die:

Redaktion IMPULS
 Bernhard-Letterhaus-Straße 26
 50670 Köln
 oder
 redaktion-impuls@kab.de



Singen Sie mit der KAB! Lieder aus dem Buch „Ton-Band“ verbinden die Menschen.

Mensch sein

*Herr, unsere Erde
ist nur ein kleines Gestirn
im großen Weltall.*

*An uns liegt es,
daraus einen Planeten zu machen,
dessen Geschöpfe
nicht von Kriegen gepeinigt werden,
nicht von Hunger und Furcht gequält,
nicht zerrissen in sinnlose Trennung
nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht
oder Weltanschauung.*

*Gib uns Mut und Vorsicht,
schon heute mit diesem Werk zu beginnen,
damit unsere Kinder und Kindes Kinder
einst stolz
den Namen Mensch tragen.
Amen.*

(Gebet der Vereinten Nationen, 1942)

